

Keine Kohle für die Konferenz!

PAX AN Extra - Dokumentation der Streichung der Fördermittel für die Münchner Friedenskonferenz 2024



Liebe Freundinnen und Freunde

Dieses PAX-AN Extra dokumentiert die kurzfristige Streichung der Fördermittel für die Internationale Münchner Friedenskonferenz.

Dieser Vorgang hat sich zum stadtpolitischen Skandal ausgeweitet, und ist derzeit (30. Juli 2024) auch noch nicht abgeschlossen.

Man mag den „Skandal“ als Skandälchen betrachten oder als Münchner Lokalposse. Doch aus unserer Sicht ist der Vorgang auf lokaler Ebene ein anschauliches Beispiel, wie in Zeiten des Krieges durch staatstragende Parteien versucht wird, die öffentliche Artikulation der Friedensbewegung zu erschweren und zu behindern.

Daher habe ich etliche Zeit und Mühe darauf verwendet, die diversen Anträge, Mitteilungen und Stellungnahmen hier zu dokumentieren. Die hier gesammelten Dokumente sind alle in irgendeiner Weise öffentlich. Aber wer hat mit wem im Vorfeld und im Hintergrund diskutiert, telefoniert und gemauschelt? Wer wirft plötzlich irgendwelche Fragen auf? Das können wir leider nicht dokumentieren und überlassen das Eurer politischen Phantasie.

Dank der überwältigenden Solidarität vieler friedensbewegter BürgerInnen konnten wir die Konferenz 2024 durchführen, und werden das auch 2025 tun.

Am 1. Februar wurden wir informiert, dass ein Dutzend StadträtInnen der Fraktionen der SPD und der Grünen im Münchner Stadtrat einen Antrag gestellt haben, der darauf abzielt, die Förderung der Friedenskonferenz ab sofort und endgültig einzustellen. (S.3) „Eine allgemein- bzw. weltpolitisch ausgerichtete Initiative ohne ausreichend erkennbare kommunale Befassung ist in einer Förderung durch die Kultur-

Übersicht

Seite

Abschnitt I: Anträge und Mitteilungen

Antrag der Stadtratsfraktionen Grüne und SPD	3
Pressemitteilung der Friedenskonferenz vom 5.2.	4
Erste Mitteilung des Kulturreferats	5
Pressemitteilung Trägerkreis	6
Historie der Streichung der Fördergelder	7
Mitteilung der DFG-VK Bayern v. 9.2.2024	9
Newsletter der Friedenskonferenz vom 11.2.2024	10
Nachfrage und Absage Katholischer Fonds	11
PM der Stadtratsfraktion Grüne-Rosa Liste	12
Stellungnahme DFG-VK	13
Mitteilung Kulturreferat vom 15.2.	16
Pressemitteilung Friedenskonferenz v. 29.2.	18
Mitteilungen der Hochschule für Philosophie	19
Schreiben der SPD-Fraktion an IPPNW	20

Abschnitt II: Presse und Leserbrief

Süddeutsche Zeitung vom 6.2. und Leserbrief	21
Die TAZ v. 8.2., Junge Welt 10.-11-2.2024	23
Süddeutsche Zeitung vom 4.4.2024	24

Abschnitt III: Solidaritätsbriefe und weitere Anträge

Antrag Linke Stadtratsfraktion	25
Brief des Ehrenkurats an OB und Stadträte	26
Brief von Hans Limmer	27
Weitere Solidaritätsschreiben	28
Solidaritätserklärung Demo Bündnis	29
Solidaritätserklärung AK49 und weitere	30
Anfrage der ÖdP an den OB	31
Antwort Kulturreferat an die ÖdP	32
Mitteilung Hans Christoph von Sponeck	34

Abschnitt IV: Rückblick - Ausblick

Bericht über die Friedenskonferenz 2024	35
Rede Maria Feckl beim Ostermarsch	37
Das Referat teilt mit - Fall erledigt	38
Ein vorläufiges Nachwort	39
Aktuelle Hinweise	40

verwaltung deplatziert.“

Mit Brief vom 6. Februar hat der Kulturreferent der Stadt München sich diese Positionen zu eigen gemacht. Es gäbe definitiv keine Förderung, weder für 2024 noch in den Folgejahren. (S.5)

Die Konferenz war zu diesem Zeitpunkt fertig organisiert. Auch nach einer Absage hätten wir hohe Ausfallgebühren, z.B. für die Nutzung der Freiheitshalle, zu tragen gehabt. Daher hat der Trägerkreis der Friedenskonferenz entschieden, die Konferenz wie geplant durchzuführen und die nötigen Gelder durch einen Solidaritätsaufruf an die Friedensbewegung beizubringen.

Einige Tage später wurden in einer Pressemitteilung der Grünen Stadtratsfraktion wesentlich weitergehende inhaltliche Gründe für die Ablehnung der Friedenskonferenz genannt. (S. 12, und unsere ausführliche Stellungnahme dazu, S. 13 - 15)

Darin ist zu lesen, die Fraktion hätte schon seit Jahren Kritik am Pro-

gramm der Konferenz geübt, auch am Gebaren der Organisatoren.

Unsere anwaltliche Aufforderung an die die Grüne Fraktion, diese Pressemeldung v. 14.2. zurückzuziehen, weil wir sie als diffamierend betrachten, blieb unbeantwortet.

Während der Gestaltung dieser Dokumentation wollte ich wissen, ob denn der Antrag der Fraktionen vom 1.2.2024 schon behandelt worden sei? Dabei stieß ich auf die „Erledigt-Erklärung“ des Kulturreferenten vom 26.7. (S.38 dokumentiert).

Darin teilt er mit, oh Überraschung, dass der Stadtrat sich gar nicht mit den Vorgängen zu befassen hat, die in den Geschäftsbereich des Kulturreferats fallen.

Damit ist der Antrag der Fraktionen, der den ganzen Ärger ausgelöst hat, weg von der Tagesordnung, klammheimlich kurz vor der Sommerpause und ohne weitere Öffentlichkeitswirkung. In seiner ersten Mitteilung v. 6.2. (hier auf S. 5) hatte er im Gegensatz dazu geschrieben,

der Antrag der Fraktionen setze einen neuen Rahmen, der zu berücksichtigen sei. (S.5)

Der Trägerkreis Friedenskonferenz hat in Mitteilungen argumentiert, das Kulturreferat könne und müsse entsprechend der Förderrichtlinien entscheiden, nicht nach der politischen Willkür der Mehrheitsfraktionen im Rathaus. (z.B. in der Pressemitteilung S. 18)

Fortsetzung im Nachwort auf S. 39

Nach unserem Solidaritätsaufruf haben uns sehr sehr viele Spenden erreicht! Alle Kosten der Konferenz 2024 können abgedeckt werden. Herzlichen Dank dafür!

Die DFG-VK ist von Staat und Parteien unabhängig und wird die Kritik an Militarismus und Krieg jeglicher Art weiterhin mit der gebotenen Deutlichkeit in die Öffentlichkeit tragen.

Mit Friedensgrüßen!
Thomas Rödl,
Sprecher der DFG-VK Bayern.

Münchener Stadtmuseum, Abteilung „typisch München“



Die internationale Münchner Friedenskonferenz ist schon Teil der Stadtgeschichte



Das Transparent wurde bei einigen Veranstaltungen verwendet: bei der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2012, bei der Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2012, bei den Ostermärschen etc. (siehe www.muenchner-friedensbuendnis.de). Bei den Internationalen Friedenskonferenzen hing das Transparent immer an der Wand als Banner. Das zentrale Motiv wurde von Pablo Picassos Zeichnung „Gesicht mit Taube“ entnommen. Heinz Staudacher fertigte wegen der Übernahme dieses Transparentes durch das Münchner Stadtmuseum 2012 ein Duplikat an. Das Originaltransparent wurde farblich einmal aufgefrischt da es wegen des Einsatzes verblasst war. Transparent Friedensbündnis „NEIN zum Krieg“, um 2004, Textil, Farbe, 200 cm x 496 cm, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Stadtkultur <https://sammlungonline.muenchner-stadtmuseum.de/liste/contrib-detail/transparent-friedensbuendnis-nein-zum-krieg-10141096>

Abschnitt I: Anträge und Mitteilungen

Der Antrag der Fraktionen v. 1.2.2024

 <p>SPD Volt Fraktion im Münchner Stadtrat</p>	 <p>DIE GRÜNEN ROSA LISTE STADTRATSFRAKTION MÜNCHEN</p>	
<p>Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter Rathaus</p>		
<p>München, 01.02.2024</p>		
<p>FÖRDERUNG DER „INTERNATIONALEN MÜNCHNER FRIEDENSKONFERENZ“ EINSTELLEN</p>		
<p>ANTRAG Das Kulturreferat wird aufgefordert, seine Förderlandschaft im Lichte der erforderlichen Konsolidierungen kritisch zu hinterfragen. In diesem Sinne und zur Stärkung seiner Kernaufgaben soll die Förderung der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ ab sofort und künftig nicht mehr erfolgen.</p>		
<p>BEGRÜNDUNG Eine kommunale Unterstützung der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ als zivilgesellschaftliches Gegenüber zur „Sicherheitskonferenz“ hat bei einer aufgabenkritischen Hinterfragung im Förderportfolio des Kulturreferats keinen hinreichenden Anknüpfungspunkt mehr. Eine allgemein- bzw. weltpolitisch ausgerichtete Initiative ohne ausreichend erkennbare kommunale Befassung ist in einer Förderung durch die Kulturverwaltung deplatziert.</p>		
<p>SPD/Volt-Fraktion</p> <p>Felix Sproll Julia Schönfeld-Knor Anna Hübner Kathrin Abele Lars Mentrup Klaus Peter Rupp Lena Odell Marian Offman</p>	<p>Fraktion Die Grünen – Rosa Liste</p> <p>Initiative Mona Fuchs Clara Nitsche David Süß Marion Lüttig Nimet Gökmeneğlu Ursula Harper Andreas Voßeler</p>	<div style="border: 1px solid black; padding: 10px; transform: rotate(-5deg); background-color: #f0f0f0;"> <p>Davon haben wir am 1.2. durch Anruf eines Mitarbeiters des Münchner Merkur erfahren. 2 Wochen vor der geplanten Friedenskonferenz!</p> </div>
<p>Mitglieder des Stadtrates</p>	<p>Mitglieder des Stadtrates</p>	

Hier der Antrag der Fraktionen: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/8246043>

Gestellt am: 01.02.2024; Registriert am: 01.02.2024; Wahlperiode: 2020-2026; Gestellt von: SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste; Zuständiges Referat: Kulturreferat Art: Öffentlicher Vorgang Typ: Antrag Bearbeitungsfrist: 01.08.2024. Auch hier: <https://ru.muenchen.de/pdf/2024/ru-2024-02-01.pdf#page=20>

Münchner
Friedenskonferenz



Pressemitteilung vom 05.02.2024:

Münchner Friedenskonferenz appelliert an Stadtrat!

Meinungsvielfalt und Friedenskultur weiterhin fördern!

Der Antrag aus den Reihen der Stadtratsfraktionen SPD/Volt sowie Grüne-Rosa Liste vom 1. Februar 2024, die Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz einzustellen, ist besorgniserregend. Die Begründung des Antrags als „aufgabenkritische Konsolidierungsmaßnahme“ ist nicht nachvollziehbar. Der Trägerkreis der Friedenskonferenz bittet die antragstellenden Stadträtinnen und Stadträte, den Antrag zurückzuziehen.

Die Begründung des Antrags, dass die Friedenskonferenz keine „erkennbare kommunale Befassung“ vorweisen könne, trägt nicht. Die kommunale Befassung der Friedenskonferenz ist schon dadurch gegeben, dass sie Münchnerinnen und Münchnern Raum bietet, sich kritisch mit der Münchner Sicherheitskonferenz auseinanderzusetzen. Dieses öffentliche Angebot ist angesichts der Intransparenz und Ausgrenzung, die die Münchner Sicherheitskonferenz gegenüber der Münchner Zivilgesellschaft und der gesamten Öffentlichkeit praktiziert, dringend notwendig.

Die Darstellung des Antrags als Konsolidierungsmaßnahme ist ebenfalls fragwürdig. Der Anteil der beantragten Fördersumme der Friedenskonferenz 2024 (6.500 €) am Budget des Kulturreferats für Förderung von Kunst und Kultur beträgt weniger als 0,01%.

Es ist bedauerlich, dass der Antrag zwar als „aufgabenkritisch“ deklariert ist, auf die tatsächlichen Aufgaben des Kulturreferats aber nicht eingeht. Denn eine Kernaufgabe des Kulturreferats ist das „Schützen und Stärken der Grundwerte der Demokratie wie Kunst- und Meinungsfreiheit“.

Genau das macht die Münchner Friedenskonferenz aus: Die diesjährige Auftaktveranstaltung am 16. Februar 2024, 19 Uhr in der Freiheitshalle befasst sich mit den Menschenrechten auf Kriegsdienstverweigerung und Asyl, sowie dem Friedensgebot – verankert im Grundgesetz gelten sie als Grundwerte der Demokratie (siehe GG Art. 4 Abs. 3; GG Art. 16a; GG Präambel Satz 1; GG Art. 1 Abs. 2; etc.).

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, eine Kultur des Friedens zu fördern. Auch die Stadt München hat sich dieser Aufgabe verschrieben – spätestens, seit sie 2005

dem Städtebündnis „Mayors for Peace“ (z.d.t.: „Bürgermeister*innen für den Frieden“) beigetreten ist.

Das Vorgehen der antragstellenden Stadträtinnen und Stadträte, der Friedenskonferenz ohne Vorwarnung kurz vor Veranstaltungsbeginn den finanziellen Boden unter den Füßen wegziehen zu wollen, gefährdet die Durchführung der Friedenskonferenz.

Mit dem Kulturreferat arbeiten wir seit Jahren vertrauensvoll zusammen. Aus dieser Richtung war bis zuletzt nichts über eine Gefährdung der Förderung zu vernehmen. Über den Antrag mussten wir aus der Presse erfahren und konnten die antragstellenden Stadträtinnen und Stadträte daher erst im Nachgang um ein persönliches Gespräch anfragen.

Wir bitten die 14 Stadträtinnen und Stadträte von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste eindringlich, ihren Antrag zur Einstellung der finanziellen Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz zurückzuziehen.

Kontakt: Maria R. Feckl Projektleitung Internationale Münchner Friedenskonferenz

Die Pressemitteilung vom 5.2. bezieht sich nur auf die formalistische Argumentation im Antrag der Stadtrats-Fraktionen, s.S. 3

Trägerkreis der internationalen Münchner Friedenskonferenz (2023, 2024):

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen, Landesverband Bayern (DFG-VK Bayern) /
pax christi Diözese München und Freising e.V. /
Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) /
Projektgruppe MSKverändern e.V. /
Netzwerk Friedenssteuer /
NatWiss Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. /
IFFF Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Kontakt: office@friedenskonferenz.info
Internet: www.friedenskonferenz.info

Das Referat teilt mit (1)

Das Schreiben haben wir per E-Mail am 8.2.2024 erhalten. Also eine Woche vor der Konferenz. Das Dokument wurde schnipptechnisch auf eine Seite reduziert.





Die Pressemitteilung vom 7.2. erfolgte noch in Unkenntnis des Schreibens des Kulturreferats, das auf den 6.2. datiert ist, aber erst am 8.2. per Mail bei uns eingegangen ist. Nach dem Schreiben des Kulturreferats am 8.2. gab es einige hektische Diskussionen im Trägerkreis, in der DFG-VK und im HMF-Bildungswerk, und dann den einhelligen Beschluß, die Konferenz trotzdem durchzuführen und einen Solidaritäts-Spendenaufwurf zu starten.

Pressemitteilung des Trägerkreises vom 7. Februar 2024

Rettet die Internationale Münchner Friedenskonferenz!

Mit den Stadtratsanträgen aus den Reihen der Stadtratsfraktionen Grüne-Rosa Liste vom 1. Februar 2024 und dem Antrag der Fraktion DIE LINKE und DIE PARTEI vom 5. Februar 2024 ist die Entscheidung über die Förderung der Friedenskonferenz auf die politische Ebene gehoben worden.

Wir fordern daher alle Mitglieder des Stadtrats auf ihrer bewährten Praxis zu folgen und sich für die Meinungsvielfalt in der Diskussion, um Frieden einzusetzen. Wir bitten sie, die Förderung der Friedenskonferenz weiterhin zu gewähren.

Seit dem Jahr 2005, seit fast 20 Jahren wird die Internationale Münchner Friedenskonferenz durch die Stadt München gefördert. Die Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat war all die Jahre vertrauensvoll. Im Jahr 2022 sprach zweite Bürgermeisterin Katrin Habenschaden das Grußwort. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Dieter Reiter erarbeiteten wir den Münchner Appell „Jetzt die Weichen stellen zur Abschaffung aller Atomwaffen“. Was hat sich jetzt verändert?

Wir erhielten keinen Hinweis, dass sich daran etwas geändert hätte. Im Gegenteil, der Zuschuss wurde uns auch dieses Jahr mündlich zugesagt. All die Jahre erlebten wir die Stadt München als verlässlichen Partner. Es wäre ein verheerendes Signal an die Stadtgesellschaft, wenn man sich auf die Zusagen der Stadt München nicht mehr verlassen könnte.

Wir, der Trägerkreis der Münchner Friedenskonferenz sind eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich mit den Delegierten der Trägerorganisationen, wie u.a. Pax Christi, IPPNW, DFG-VK oder der Projektgruppe Sicherheitskonferenz verändern, ehrenamtlich um den Erhalt des Friedens bemüht. Wir befinden uns in Zeiten erhöhter kriegerischer Bedrohung und steigender Militärausgaben. Daher ist uns besonders jetzt ein offener Diskurs wichtig, wie unser aller Sicherheit und unser friedliches Zusammenleben erhalten werden können.

Wir möchten explizit an die Präambel der bayerischen Verfassung erinnern: „.....in dem festen Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“ Die bayerische Verfassung trat 8. Dezember 1946 in Kraft.

Willy Brandts sagte 1971 anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises in Oslo: „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, die Kriege abzuschaffen, nicht nur sie zu begrenzen. Krieg ist nicht mehr die ultima ratio sondern die ultima irritio.“

Die Friedenskonferenz ist DIE Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Bei der Auftaktveranstaltung am 16.02.2024 diskutieren die Teilnehmer:innen nach den Inputs der Referent:innen die Gefahren einer einseitigen Militärlogik wie auch der Militarisierung der Flüchtlingspolitik an den EU Außengrenzen. Die Abendveranstaltung am 17.02.2024 ringt um konstruktive Ansätze der Gemeinsamen Sicherheit durch Interessensausgleich und Kooperation. Besonders das Machtgefälle zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden in der internationalen Politik und im Welthandel haben negative Auswirkungen auf Mensch, Natur und Klima.

Die Vorbereitungen der in 7 Tagen stattfindenden Konferenz sind weitgehend abgeschlossen. Alle Rednerinnen und Redner sowie Veranstaltungsräume, Technik, Tickets und Hotels sind verbindlich gebucht, die Informationsmaterialien sind gedruckt. Die Finanzierung basiert auf Förderungen und Spenden. Die finanzielle Abwicklung erfolgt über das HMF-Bildungswerk für Friedensförderung und Völkerverständigung. Als ehrenamtliches Gremium verfügt die Friedenskonferenz über keine finanziellen Reserven.

Der äußerst kurzfristiger Stadtratsantrag bringt die Münchner Friedenskonferenz in eine gefährliche Schieflage. Die Absage der Konferenz ist aufgrund der Kosten keine Option. Die Friedenskonferenz retten nur noch Spenden, viele Spenden, sehr viele Spenden.

Rettet die Internationale Münchner Friedenskonferenz!

Kontakt: Maria R. Feckl, Projektleitung Internationale Münchner Friedenskonferenz

Historie der Streichung der Fördergelder Für die Internationale Münchner Friedenskonferenz

durch das Kulturreferat der LH München am 8.02.2024, durch den Katholischen Fonds am 9.02.2024 und durch Greenpeace am 3.02.2024. Die folgende Chronologie wurde erstellt von Maria R. Feckl, Projektleiterin der Internationalen Friedenskonferenz.

Im September 2023

haben wir den Förderantrag an das Kulturreferat gestellt. Im beigelegten Programm war Clare Daly aufgeführt. Nicht im Programm waren zu diesem Zeitpunkt Yanis Varoufakis, das Grußwort vom Parents Circle Familie Forum (PCFF), die Veranstaltung mit „Combatants for Peace“, sowie die Musikbeiträge.

Am 19.12.2023

haben wir im Trägerkreis beschlossen, das Angebot von Yanis Varoufakis auf der Friedenskonferenz zu sprechen, anzunehmen.

Am 23.01.2024 mit dem Newsletter

haben wir erstmal öffentlich gemacht, dass im Programm nun Yanis Varoufakis am Samstagabend spricht, ein Grußwort von Parents Circle am Freitag zugeschaltet wird, und Combatants for Peace mit Film und Gespräch am Sonntag eine eigene Veranstaltung haben werden.

Am 26.01.2024

hat mich Hr. Mölter von der SZ angefragt für ein Interview, warum wir in der Freiheitshalle sind und nicht im Alten Rathausaal. Am Mo 29.01.2024 war dieses Interview.

Am Di. 30.01.2024

Telefonat mit Frau M. vom Kulturreferat, in dem sie sagte, es gäbe kein Problem mit ReferentInnen oder Inhalt. Der Bescheid dauere nur noch, weil er über so viele Tische müsste. Dabei erwähnte sie, dass wir eine neue Veranstaltung im Programm hätten mit Combatants for Peace. Ich erklärte ihr den Hergang.

Am Mi. 31.01.2024

schickte ich ihr per Mail die folgenden Informationen: Deutschlandtour von Combatants for Peace wird von forumZFD organisiert und über diese läuft die Organisation. Bis dahin hatte ich weder mit Hr. Levin noch mit Hr. Iliwat Kontakt. Außerdem sendete ich ihr den Link zur Liste der Vortragsorte: Rathäuser, Kirchen, VHS an vielen anderen Orten.

Am Do. 01.02.2024

wurde der Antrag von Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt im Rathausinformationssystem veröffentlicht. Thomas Rödl rief daraufhin Frau M. im Kulturref. an, die aber zu dem Antrag nichts sagen konnte. Sie wäre erst wieder am Di 06.02.2024 im Büro und würde uns Rückmeldung geben.

Am Do. 01.02. 2024, um 16:39 Uhr

veröffentlicht die Süddeutsche Zeitung:
Stadt streicht Zuschuss für Friedenskonferenz.

Am Fr. 02.02.2024 berichtet die Münchner Abendzeitung:
„Stadtratsfraktion will Friedenskonferenz Geldhahn zudrehen“

Am Sa. 03.02.2024 erklärt

der Vertreter von Greenpeace, die Konferenz 2024 nicht mehr zu fördern.



Zum Vergleich

Eine Artilleriegranate 155 mm kostet 3600 € im Schnitt. Durch den Ukraine-Krieg sind die Marktpreise stark gestiegen. Da kann natürlich die Stadt München nix dafür.

Quelle:

<https://www.fr.de/wirtschaft/krieg-ruestungsindustrie-deutschland-ruestungskonzern-rheinmetall-bidens-artillerie-ukraine-zr-92870798.html>

Bild:

[https://de.wikipedia.org/wiki/DM121_\(Artilleriegeschoss\)](https://de.wikipedia.org/wiki/DM121_(Artilleriegeschoss))



Mi 03.04.2024:

Start Crowdfunding
auf Betterplace.org für Münchner Friedenskonferenz 2025
(https://www.betterplace.org/de/projects/135646?utm_campaign=ShortURLs&utm_medium=project_135646&utm_source=PlainShortURL)

Fortsetzung der Historie

Am Mo. 05.02.2024: Die Partei DIE LINKE im Rathaus stellen einen Gegenantrag, die Friedenskonferenz solle weiter gefördert werden

Am Mi. 05.02.2024: Der Katholische Fonds schickt eine Mail mit Anfragen und Vorwürfen zur Referentin Clare Daly

Am Di. 06.02.2024: Die SZ veröffentlicht: „Veranstalter halten an Friedenskonferenz fest“. Diese Schlagzeile wird sogar im Fahrgastfernsehen in S-Bahnen, U-Bahnen, Trambahnen und Bussen veröffentlicht.

Am Mi. 07.02.2024: unsere Stellungnahme geht an den Katholischen Fonds

Am Do. 08.02.2024: 9:13 Uhr: Das Schreiben von Kulturreferent Anton Biebl und OB Dieter Reiter geht ein per Mail: Die Friedenskonferenz kann 2024 nicht gefördert werden und voraussichtlich auch nicht in den Folgejahren (7 Tage vor Konferenzbeginn)

Do 08.02.2024: 11:00 Uhr Pressekonferenz des AntiSikoBündnisses mit Beteiligung der Friedenskonferenz (ohne Kenntnis der o.g. E-Mail)

Am Fr. 09.02.2024: Katholischer Fonds nimmt Förderzusage zurück

Am Di. 13.02.2024: 1. Schreiben von Rechtsanwalt Breuer an das Kulturreferat mit höflichen Rückfragen und Fristsetzung für Antwort)

Mi. 14.02.2024: Pressemeldung der Grünen-Rosa Liste Stadtratsfraktion mit Verleumdungen und Falschaussagen

Am Do 15.02.2024: Antwort von Herrn Anton Biebl, Kulturreferent, mit Ankündigung eines Ablehnungsbescheides und Anhörungsfrist bis 29.02.2024

Am Do. 15.02.2024: Stellungnahme der HFPH (Hochschule für Philosophie) als Vermieterin: „... Die HFPH ruft die Münchner Friedenskonferenz nachdrücklich dazu auf, sicherzustellen, dass ausschließlich solche Stimmen Gehör finden, die fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen.“

Vom 16.-18.2. 2024: Die Internationale Münchner Friedenskonferenz findet statt wie geplant

Am Di. 20.02.2024: Interview mit Maria R. Feckl im Radio Lora Magazin um 18.00 Uhr: Thema: beabsichtigte Streichung der Fördergelder



Am Mo. 26.02.2024: Absage der Räume der HFPH für die Friedenskonferenz 2025

Am Do. 29.02.2024: 2. Schreiben von RA Breuer an das Kulturreferat

Am Mi. 6.3./01.04./05.04.2024: Wiederholte Anfragen beim Kulturreferat wegen eines Gesprächstermins blieben ohne Rückmeldung.

Am Fr. 8.3.2024: Information an Ehrenkurat, Trägerkreisorganisationen und Vorstand HMV Bildungswerk: Großzügige Spenden konnten die Ausfälle der institutionellen Förderungen (ca. 16.000 €) kompensieren

Am Do. 14.3.2024: Anfrage der ÖDP an den Stadtrat/Kulturreferat (<https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/8323641>)

Am Mi. 20.03.2024: Ablehnungsbescheid des Kulturreferats trifft ein.

Am Sa. 31.03.2024: Rede von Maria R. Feckl, zu den Vorgängen um die Friedenskonferenz auf dem Münchner Ostermarsch.

Reaktionen in der Presse zum Ostermarsch mit Zitaten aus Rede zu den Vorgängen: SZ vom 02.04.2024 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-ostermarsch-frieden-marienplatz-1.6504347>

zur Klageabsicht: SZ vom 04.04.2024: „Friedenskonferenz will Zuschüsse juristisch erstreiten“ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-sicherheitskonferenz-friedenskonferenz-1.6519380>

Am Di. 9.4.2024: Interview Maria R. Feckl im Radio Lora Magazin um 18.00 Uhr: Thema: beabsichtigte Klagen:

1. Gegen den Ablehnungsbescheid mangels von Sachgründen – auch Sparen braucht einen Differenzierungsgrund;
2. Klage gegen die Pressemeldung der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL aufgrund von Falschaussagen und Diffamierungen, da sie hier staatlich auftreten

Am 17.4.2024 Abklärungsgespräch mit VertreterIn des Katholischen Fonds

Zusammenstellung der Chronologie: Maria R. Feckl

Mitteilung DFG-VK Bayern vom 9.2.2024

Betrifft: Keine Förderung der Friedenskonferenz durch das Kulturreferat der Stadt München



Liebe Freundinnen und Freunde,

Am 1.2. 2024 wurden wir informiert, dass ein Dutzend StadträtInnen der Fraktionen der SPD und der Grünen im Münchner Stadtrat einen Antrag eingebracht haben, der darauf abzielt, die Förderung der Friedenskonferenz ab sofort und endgültig einzustellen.

Die Begründung war rein formal, „der Haushalt des Kulturreferats müsse konsolidiert werden“. Und weiterhin: „Eine allgemein- bzw. weltpolitisch ausgerichtete Initiative ohne ausreichend erkennbare kommunale Befassung ist in einer Förderung durch die Kulturverwaltung deplatziert.“

Mit Schreiben vom 6.2.2024 (Eingang hier 8.2.) hat sich der Herr Kulturreferent, Anton Biebl, die Positionen des o.g. Antrags zu eigen gemacht. Es gibt definitiv keine Förderung, weder für 2024 noch in den Folgejahren.

Nun befinden wir uns in einer schwierigen Lage und bitten um Eure Solidarität, in Form von Spenden oder auch Darlehen.

(auch Darlehen sind hilfreich, Nachdem 2 Stiftungen erst dann ihren Zuschuss ausgeben, wenn das Projekt komplett abgerechnet, d.h. alle Rechnungen bezahlt worden sind)

Die Konferenz ist fertig organisiert, mit Mietverträgen unterschrieben und Tickets gebucht. Auch nach einer Absage hätten wir trotzdem hohe Kosten zu tragen gehabt.

Zum Verlauf vorher:

Nachdem die Konferenz fast 20 Jahre vom Kulturreferat gefördert worden ist, haben wir uns auf die mündliche Zusage verlassen, auch für die Konferenz 2024 würde es die Mittel in der beantragten Höhe geben. Noch Mitte Januar erhielten wir die Aussage, dass der Bewilligungsbescheid unterwegs sei und formal noch geprüft werden müsse. Nun stellt sich heraus, dass die Veröffentlichung des Antrags der Fraktionen zwei Wochen vor der Konferenz taktisch begründet ist, während die Diskussionen über unsere Friedenskonferenz in den genannten Fraktionen und im Kulturreferat schon länger im Gange waren.

Zum Hintergrund:

Bei diversen Nachfragen bei den unterzeichnenden StadträtInnen stellte sich heraus, dass es inhaltliche Bedenken gegen die Friedenskonferenz gibt, z.B. unsere Positionen zum Ukraine Krieg, sowie „Irritationen“ über manche Beiträge (z.B. zum Syrien-Krieg). Weiterhin die Unterstellung, der Trägerkreis unterstütze die BDS Kampagne. Der Trägerkreis hat nie eine Stellungnahme zur BDS- Kampagne abgegeben und dieses Thema war nie Gegenstand einer Friedenskonferenz. (Auch die DFG-VK ist keine Unterstützerin der BDS-Kampagne.) Die zuständige Fachabteilung des Kulturreferats hat uns immer wieder bestätigt, dass unser Programm nicht zu beanstanden sei.

Immer wieder werden uns antisemitische Motive bei der nicht-Einladung des Stadtrats Marian Offman zur Konferenz 2020 unterstellt. (Die dann von uns abgesagt wurde.) Wir haben ihn jedoch wegen seiner politischen Aktivitäten, gegen die Friedensbewegung und gegen das Eine-Welt-Haus, als ungeeignet für die Überbringung eines Grußwortes der Stadt München betrachtet.

Aktuell gibt es wohl auch Einwände gegen die diesjährigen ReferentInnen, z.B. Clare Daly oder Yannis Varoufakis, die sich gegen die Kriegspolitik der Regierungen stellen.

Das geplante Programm der Konferenz findet sich hier (worüber wir Euch schon informiert haben):

<https://friedenskonferenz.info/>

Wir werden die Konferenz wie geplant durchführen und an unseren Zielen festhalten!

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten. Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

(aus dem Positionspapier der Friedenskonferenz)

Danke an alle für Eure Solidarität! Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern

Newsletter der Friedenskonferenz vom 11.2.2024

Münchener
Friedenskonferenz



Doku Brief Kulturreferat
hier auf S. 5

OB Reiter und Kulturreferent Biebl canceln die Förderung der Münchner Friedenskonferenz

Mit Schreiben vom 6. Februar 2024 informierten Kulturreferent Anton Biebl und Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter den Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz, dass das Kulturreferat die Friedenskonferenz im Jahr 2024 und auch künftig nicht fördert. Damit ist die Durchführung der Friedenskonferenz gefährdet. Im gleichen Zuge stellten Herr Biebl und Herr OB Reiter die städtische Förderung sämtlicher „rein politische[r] Veranstaltung[en]“ in Frage – und damit die Kernaufgabe des Kulturreferats, „Grundwerte der Demokratie wie Kunst- und Meinungsfreiheit [zu schützen und zu stärken]“. [1]

Herr Biebl schrieb (auch im Namen von Herrn OB Reiter):
„Wie Ihnen bekannt ist, ist die Förderung einer solchen rein politischen Veranstaltung mit weltpolitischen Fragestellungen [wie der Internationalen Münchner Friedenskonferenz] aus Kulturfördermitteln der Landeshauptstadt München schon seit längerer Zeit in Diskussion. Der vorliegende Antrag der Fraktionen SPD/Volt und Die Grünen/RL vom 01.02.2024 setzt dem Kulturreferat nun einen Rahmen, der in der Auslegung der Förderkriterien berücksichtigt werden muss.“ [2]

Basierend lediglich auf einem Antrag der o.g. Stadtratsfraktionen, mit dem sich der Stadtrat bisher noch nicht befassen konnte, beschließen Herr Biebl und Herr OB Reiter hier eine neue Auslegung der Förderkriterien – nicht nur für die Friedenskonferenz, sondern für sämtliche vom Kulturreferat geförderten Projekte. Das wirft Fragen auf: Ist es zulässig, aus einem bisher unbehandelten Antrag eine Entscheidung des Stadtrats abzuleiten? Wieso äußert sich der Stadtrat nicht grundsätzlich zu solchen Fragestellungen, wenn sie denn „schon seit längerer Zeit in Diskussion“ sind?

Problematisch ist weiterhin, dass mit der Friedenskonferenz ein Präzedenzfall geschaffen wird, der aufzeigt, was in Zukunft vom Kulturreferat als „rein politische Veranstaltung“ gewertet wird und somit keine Förderung erhält. Auf der Friedenskonferenz 2024 treten regionale Musiker*innen, Politiker*innen, ein Philosoph, ein Theologe, Menschenrechtsaktivist*innen sowie israelische und palästinensische Angehörige von Opfern der Kriege und Konflikte im Nahen Osten auf. [3]

Hier handelt es sich laut Herrn Biebl und Herrn OB Reiter also um eine „rein politische Veranstaltung“. Auch das wirft Fragen auf. Um das Kulturreferat selbst zu zitieren:

„Was ist Kultur? Und wer definiert das? So verschieden wie die Menschen sind, so unterschiedlich sind ihre kulturellen Bedürfnisse. Hier lohnt es sich, genauer hinzuschauen, offener zu werden, neugierig zu bleiben. Kultur für alle Sinne im Blick zu haben.“ [4]

Durch die von Herrn Biebl und Herrn OB Reiter beschlossene Neuauslegung der Förderkriterien werden die Kernaufgaben

des Kulturreferats, „Grundwerte der Demokratie wie Kunst- und Meinungsfreiheit [zu schützen und zu stärken]“ sowie „Fördern der Vielfalt mit öffentlichen Mitteln,“ [5] in Frage gestellt. Dazu zitieren wir aus einem Protestschreiben von Herrn Hans Limmer, Dipl. Politologe, Programmdirektor der Münchner Volkshochschule i. R., [6] an Herrn OB Reiter:

„Und jetzt in unserer Stadt der Versuch, die pazifistische Minderheit, die bisher ihren Platz in der vielfältigen offenen Stadtgesellschaft hatte, aus dem öffentlichen Diskurs auszuschalten, indem man ihr die städtischen Mittel wegnimmt, mit windigen technokratischen Leerformeln als Begründung. Es geht um mehr als nur um eine kleine Unterstützung für eine kleine Minderheit. Auf dem Spiel steht am Ende, ob weltanschauliche Vielfalt und Toleranz noch einen sicheren Platz haben in unserer Gesellschaft.“ [7]

Wir vom Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz sind jedenfalls überzeugt: Friedenskultur ist auch Kultur und muss vom Kulturreferat gefördert werden. Ohne die Förderung des Kulturreferats ist die Durchführung der Friedenskonferenz gefährdet. [8] Wir bitten die Münchner Stadtgesellschaft um Spenden, um die Friedenskonferenz zu retten.

Kontakt: Maria R. Feckl, Projektleitung Internationale Münchner Friedenskonferenz

Quellen und Anmerkungen zum Newsletter v. 11.2.2024

https://friedenskonferenz.info/wp-content/uploads/2024/02/240210-PM-Friedenskonferenz.pdf?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter-munchner-friedenskonferenz-mai-2022_37

[1] „Kulturreferat kompakt 2023“, Seite 8, siehe: <https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:341783b1-2b70-46fd-9b07-561e744c7eef/Kulturreferat%20kompakt%20Bildschirmversion.pdf>

[2] Siehe: <https://friedenskonferenz.info/brief-vom-06-02-2024-vom-kulturreferenten-zum-stopp-der-foerdergelder/>

[3] Zur „kommunale[n] Befassung“ haben wir uns bereits in unserer Pressemitteilung vom 5. Februar 2024 geäußert, siehe: <https://friedenskonferenz.info/pm-vom-05-02-2024-meineungsvielfalt-und-friedenskultur-weiterhin-foerdern/>

[4] „Kulturreferat kompakt 2023“, Seite 12.

[5] „Kulturreferat kompakt 2023“, Seite 8.

[6] Die Münchner Volkshochschule, die auch Kurse mit politischen Inhalten anbietet, wird übrigens auch vom Kulturreferat gefördert.

[7] Siehe: <https://friedenskonferenz.info/protestschreiben-an-den-ob-reiter-von-hans-limmer-programmdirektor-der-muenchner-volkshochschule-i-r/>

[8] Die Gefährdung der Friedenskonferenz haben wir bereits in Pressemitteilungen vom 5. und 8. Februar erläutert, siehe: <https://friedenskonferenz.info/rettet-die-internationale-muenchner-friedenskonferenz/> und <https://friedenskonferenz.info/pm-vom-05-02-2024-meineungsvielfalt-und-friedenskultur-weiterhin-foerdern/>

Nachfragen und Absage Katholischer Fonds

Mail des Katholischen Fonds v. 5.2. 2024:

darin heißt es:

*sehr geehrte Damen und Herren,
wir sind in den letzten Tagen mit dem Vorwurf konfrontiert worden, mit der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2024 eine Maßnahme zu unterstützen, die dem christlichen Welt- und Gesellschaftsverständnis widerspricht. Konkret wurde dabei die angekündigte Rednerin Clare Daly MdEP genannt: „Daly hat erst vor wenigen Wochen Ursula von der Leyen als „Frau Genozid“ bezeichnet, Joe Biden nennt sie „Schlächter“, sie hat gegen die Russlandresolution des EP gestimmt und verbreitet putinfreundliche Narrative. Sie war „inoffizielle“ Wahlbeobachterin bei Maduros gefälschter Wahl in Venezuela (und wurde dafür offiziell vom EP gerügt), pflegt enge Kontakte zu mutmaßlichen und auch verurteilten russischen Spionen.“*

Bitte schicken Sie uns auch die aktuelle Programmübersicht der der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2024.

Geschäftsführung, Katholischer Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Sehr geehrte,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 5. Februar. Ihre Besorgnis über das Auftreten der Referentin Clare Daly, MdEP, auf der Internationalen Münchner Friedenskonferenz nehmen wir sehr ernst und möchten hiermit dazu Stellung beziehen. (s. Anhang) Ich hoffe sehr, wir konnten Ihre Bedenken ausräumen.

Bitte kontaktieren Sie uns gerne, wenn es noch weitere Fragen gibt.

Herzliche Grüße Maria R. Feckl

Antwort der Geschäftsführung des katholischen Fonds v. 9. 2. 2024

Sehr geehrte Frau Feckl

wie bereits besprochen, hat sich das Kuratorium des Katholischen Fonds zu einer Videokonferenz zusammengefunden, um über die jüngsten Ereignisse in Zusammenhang der Internationale Münchner Friedenskonferenz 2024 und die Position des Katholischen Fonds dazu zu beraten.

Um Sie nicht länger im Ungewissen zu lassen möchte ich Ihnen im Auftrag des Kuratoriums mitteilen, dass der Beschluss gefasst wurde, die Förderzusage zurückzunehmen. Sie erhalten baldmöglichst ein offizielles Schreiben mit einer ausführlichen Begründung.

Freundliche Grüße,

Geschäftsführung, Katholischer Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Jedoch uns fehlt der Wille ...

Die eigentlichen politischen Gründe der Fraktion Die Grünen-Rosa Liste werden in der Mitteilung vom 14.2. endlich offen gelegt. Nächste Seite (12)

<https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/in-eigener-sache-warum-wir-die-muenchner-friedenskonferenz-nicht-mehr-foerdern-wollen/>

Hier diese Mitteilung abzdrukken ist evtl paradox weil wir die Fraktion gleichzeitig auffordern diese vom Netz zu nehmen - hier habe ich sie als Bezug für meine inhaltliche Kritik und wegen der Lesbarkeit hier einkopiert. (TR)

Zur Absage der Friedenskonferenz 2020, in der Mitteilung vom 9.2. erwähnt (S. 9) und in der Mitteilung der Grünen Fraktion vom 14.2., nächste Seite, siehe die ausführliche Dokumentation aller Erklärungen und Stellungnahmen zur Absage der Friedenskonferenz 2020: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Doku%20Absage%20alle%20Texte%20Internetseite%20okt%202020.pdf>



Die Flaggen der Mayors for Peace am Münchner Rathaus, zusammen mit den Flaggen der Staaten, die aktuell einen als gerecht betrachteten Verteidigungskrieg führen (TR)

Die Pressemitteilung der Stadtratsfraktion

Die Grünen-Rosa Liste, vom 14.02.2024

In eigener Sache: Warum wir die Münchner Friedenskonferenz nicht mehr fördern wollen

also 3 Tage vor der Konferenz!

Zur leichten Lesbarkeit haben wir die Mitteilung der Grünen hier nochmal einkopiert (kursiv gesetzt) und mit Anmerkungszißern versehen.

Die Stadt München befindet sich in einer Haushaltskrise und muss seit 2020 konstant Einsparungen vornehmen. Auch Kleinst-Förderungen stellen wir im Zuge dessen auf den Prüfstand und nehmen diese (selbst-) kritisch in den Blick. Die internationale Friedenskonferenz, seit vielen Jahren via Kulturreferat gefördert, ist keine Kulturveranstaltung, sondern eine rein politische Veranstaltung, weshalb sie im Haushalt des Kulturreferats nicht zu den Förder- und Aufgabenschwerpunkten passt. (1)

Es handelt es sich zwar um eine vergleichbar kleine Fördersumme, und die Einsparungswirkung ist dementsprechend gering. Die Veranstaltenden und unterstützenden Organisationen baten uns in einem Brief deshalb, unseren Antrag zurückzuziehen und uns für die Förderung aus einem anderen, inhaltlich passenden Teilhaushalt einzusetzen. Dazu fehlt jedoch – das wollen wir nicht verschweigen – gegenwärtig der politische Wille. Das ist kein politisches Desinteresse am Thema an sich, ganz im Gegenteil:

Wir halten es besonders in aktuellen Zeiten von globaler Aufrüstung und von Kriegen, sei es der russische Angriffskrieg in der Ukraine, quasi vor unserer Haustüre oder aber der asymmetrische Krieg in Israel und Gaza, im Nahen Osten, welchen die Hamas bewusst ausgelöst hat, für wichtig, dass neben der Sicherheitskonferenz ein zivilgesellschaftlich initiiertes und organisiertes Programm stattfindet, welches auch ganz gezielt die Themen Abrüstung, Friedensförderung sowie machtkritische Perspektiven in den Blick nimmt.

Solche zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen gibt es glücklicherweise auch an anderer Stelle, wie beispielsweise das Programm von „War unmasked“ von Bellevue di Monaco, welches bereits Ende Januar stattfand: <https://bellevuedimono.de/veranstaltung/war-unmasked/>

*(2) An der „Friedenskonferenz“ üben wir schon seit Jahren Kritik sowohl an der inhaltlichen Programmgestaltung als auch am Gebaren der Organisator*innen. (3)*

*Die Stadt hat die Münchner Friedenskonferenz lange gefördert, auch offizielle Vertreter*innen geschickt (oft auch aus den Reihen der Grünen), um die Teilnehmer*innen zu begrüßen. Diese Förderung entsprang dem Wunsch, der großen, im Bayerischen Hof tagenden Sicherheitskonferenz eine Alternative entgegenzusetzen: einen alternativen Zugang zu Frieden und Sicherheit, vielfältige Sichtweisen auf internationale Probleme, einen kritischen Umgang mit der oft auf militärische Mittel fixierten Sicherheitspolitik der großen Mächte, die nötig ist, aber oft auch zu kurz greift. Immer gab es dabei auch radikalere Kritik – dies gehörte quasi zum Kolorit dieser Konferenz, die einem breiten Spektrum von Meinungen Raum bot.*

Schwer zu ertragen fanden wir allerdings Vorträge, die die unsäglichen Gräueltaten des Diktators und Kriegstreibers Assad in Syrien relativierten. (4)

Eine ernsthafte Irritation entstand, als die Veranstalter der Friedenskonferenz Ende 2019 ein Grußwort des jüdischen SPD- und vormals CSU-Stadtrats Marian Offman ablehnten, das dieser in Vertretung des Oberbürgermeisters halten sollte. Der Hintergrund dieser Zurückweisung war die scharfe Ablehnung des Israel-Boykotts BDS durch den Münchner Stadtrat – durch Offman also ebenso wie durch den Oberbürgermeister, den er vertreten sollte und viele andere Mitglieder des Stadtrats. Warum also wurde gerade Offman abgelehnt? Die Doppelmoral hinter diesem Verhalten ist leider mehr als offensichtlich. (5)

Bei der diesjährigen Friedenskonferenz gehört, wie immer, die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner zum Trägerkreis. Die DFG-VK hat zwei Wochen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel zu einer Kundgebung gegen den Krieg aufgerufen, gemeinsam mit „Palästina spricht“, einer Organisation, die den 7. Oktober 2023 als „revolutionary day to be proud of“ bezeichnet. Wer sich mit solchen Bündnispartner umgibt, macht sich als Friedensinitiative komplett unglaubwürdig. (6)

Für die Abendveranstaltung der diesjährigen Friedenskonferenz sind zwei Referenten angekündigt, deren einseitige Sicht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt die unausweichliche Frage aufwirft, ob diese Veranstaltung als „Kulturveranstaltung“ mit dem Geld gefördert und dem Namen der Landeshauptstadt unterstützt werden sollte:

Yanis Varoufakis hat sich nach dem 7. Oktober mehrfach zur Lage im Nahen Osten geäußert. Eine klare Verurteilung des terroristischen Überfalls auf Israel hat er bisher verweigert und dies u.a. mit einer Analogie zur Ukraine begründet: „...ich werde die Hamas nicht verurteilen, genauso wenig wie ich die Ukrainer:innen verurteilen würde.“ (>>>hier) (link funktioniert nicht)

Hat Israel also seine Nachbarn überfallen, so wie Russland die Ukraine? Eine derartige Täter-Opfer-Umkehr mag von der Meinungsfreiheit gedeckt sein. Für eine explizite Unterstützung seitens der Stadtpolitik durch eine fortgeführte oder neue Förderung durch die Verwaltung ist sie für uns ein klares Ausschlusskriterium. Dies gilt in gleicher Weise für den Auftritt der irischen MdEP Clare Daly, die Israel der ethnischen Säuberung bezichtigt und es als „Kolonie Europas“ bezeichnet. Eine Veranstaltung mit einer Referentin, die sich so eindeutig antisemitisch äußert, wollen wir als Stadtregierung weder unterstützen noch bewerben. (7)

In der Summe ergibt sich hier das Bild einer Veranstaltung, die ihren ursprünglichen Auftrag, sich für Frieden und Menschenrechte einzusetzen, immer weniger erfüllen kann, weil sie Redner*innen eine Bühne bietet, die sich nicht klar von Diktaturen und Autokraten sowie deren Kriegen und Menschenrechtsverletzungen distanzieren beziehungsweise sie sogar gut heißen. Es gibt im Stadtrat keinen mehrheitlichen politischen Willen mehr eine solche Veranstaltung offiziell zu unterstützen – weder finanziell und schon gar nicht politisch. (8)

Noch nie war es unseres Erachtens so wichtig wie jetzt, dass es eine aktive, große, breit zivilgesellschaftlich getragene Friedensbewegung im Sinne einer Graswurzelbewegung gibt. Dies kann aber nur gelingen, wenn das auf Basis von demokratischen, freiheitlichen Werten passiert, die Haltung zeigt gegen jede Art von Rassismus, Antisemitismus oder aber Queerfeindlichkeit.

Ende der Mitteilung

Stellungnahme der DFG-VK

zur Pressemitteilung der Stadtratsfraktion
die Grünen – Rosa Liste, vom 14.2.2024.

Diese Pressemitteilung enthält die eigentliche politische Begründung für den Antrag im Stadtrat auf Streichung der städtischen Mittel für die Friedenskonferenz.

hier online:

<https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/in-eigener-sache-warum-wir-die-muenchner-friedenskonferenz-nicht-mehr-foerdern-wollen/>

An die Stadtratsfraktion von
Die Grünen- Rosa Liste.

1) Zu den formalen Begründungen des Antrags, die Förderung zu streichen, haben wir uns schon geäußert. (www.friedenskonferenz.info) Im zweiten Absatz der Mitteilung wird ganz offen gesagt, es fehle der politische Wille zur Förderung der Internationalen Friedenskonferenz. Im Widerspruch dazu wird gesagt, die Themen Abrüstung, Friedensförderung und machtkritische Perspektiven seien wichtig.

2) Dann wird auf die Konferenz „War unmasked“ von Bellevue de Monaco verwiesen. Die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK hat diese Konferenz unter-

Diese Stellungnahme der DFG-VK wurde erst im April formuliert. Sie kommt so spät, weil uns andere Themen wichtiger waren, z.B. die Friedenskonferenz durchführen, die Ostermärsche gestalten und andere Aufgaben der Friedensarbeit.

Die nebenstehende / folgende Stellungnahme haben wir der Grünen Stadtratsfraktion noch nicht zugeleitet. In Absprache mit der Projektleiterin wollten wir die Reaktionen der Fraktion auf die Schreiben unseres Rechtsanwaltes abwarten. (Stand 25.7.2024)

Die Erklärung wurde vom LandessprecherInnenkreis zustimmend zur Kenntnis genommen und mit der Projektleiterin, Maria Feckl, abgesprochen.

Verantwortlich: Thomas Rödl

stützt, aktive FreundInnen haben an den Diskussionen teilgenommen und Thomas Rödl (Sprecher DFG-VK Bayern) hat einen Workshop mit Präsentation zur Rüstungsindustrie in Bayern gestaltet. „War unmasked“ ist ein interessantes und wichtiges Projekt, mit unkonventionellen Ansätzen und Fragestellungen. Es ist aber keinesfalls ein Gegenmodell zur Münchner Friedenskonferenz! Die VeranstalterInnen haben ihre Solidarität mit dem Trägerkreis Friedenskonferenz erklärt.

„Wenn es weitere, inoffizielle Bedenken gibt, muss hier ein offener Diskurs geführt werden und diese Themen zur

Fortsetzung Stellungnahme der DFG-VK

Sprache kommen – nur die Finanzierung zu kappen, knapp eine Woche vor der Veranstaltung, ist unfair und ein beschämendes Zeichen für die Stadt München. Wir müssen in diesen Zeiten mehr denn je über Frieden sprechen.“ (<https://www.instagram.com/ak49collective/>)
(Hier in der Doku auf S.29)

3) Im nächsten Absatz heißt es sie, die Grünen würden schon lange Kritik an der Programmgestaltung wie am Gebaren der OrganisatorInnen üben. Der Trägerkreis Friedenskonferenz war jederzeit offen für Kritik und Anregungen. Eine Kritik der Grünen Stadtratsfraktion an den Programmen der Friedenskonferenz war uns nicht zu Ohren gekommen.

4) In der Medienmitteilung heißt es weiter: Schwer zu ertragen fanden wir allerdings Vorträge, die die unsäglichen Gräueltaten des Diktators und Kriegstreibers Assad in Syrien relativierten.
Damit ist wohl der Vortrag von Karin Leukefeld (Journalistin, Seit 2000 freie Korrespondentin im Mittleren Osten) auf der Friedenskonferenz 2019 gemeint, mit dem Thema: Krieg gegen den Terror. Bilanz am Beispiel Syrien
(Hier gibt's zum Anhören den Vortrag von Frau Leukefeld: <https://www.youtube.com/watch?v=SgaxJiZ4Pal> ; Leider gibt's keine Abschrift)

Aus unserem zusammenfassenden Bericht über die Konferenz 2019:

Karin Leukefeld, Journalistin und Expertin für Syrien und die Nah-Ost-Region, stellte die vielschichtige Konfliktlage und die vielfältige Einmischung von außen in den angeblichen Bürgerkrieg in Syrien vor. Die Bestrebung der USA und ihrer Alliierten, das Assad-Regime zu beseitigen war zweifellos ein wichtiger Faktor für den lange dauernden (und noch andauernden) Bürgerkrieg. Demgegenüber ist der Focus der Berichterstattung der bundesdeutschen Medien auf das brutale Eingreifen von Russland auf Seiten des Assad Regimes gerichtet. So gab es kritische Reaktionen auf den Vortrag, Frau Leukefeld habe Partei für das Regime ergriffen; sie war aber durchweg an der Einhaltung von Völker- und Menschenrechten orientiert und ihre Anteilnahme galt den Opfern des Krieges.

Dieser kurze Bericht zeigt das Konzept der Friedenskonferenz, dass Analysen vorgestellt werden, die nicht der in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten Einschätzung der Konfliktkonstellation entsprechen. Und weiterhin, dass die vorgestellten Analysen dann auch kritisch diskutiert werden. Frau Leukefeld hat nicht Partei ergriffen und keine Gewalthandlungen relativiert.

5) Die „ernsthaften Irritationen“ über die Nicht-Einladung von Stadtrat Marian Offman haben wir versucht in intensiven Gesprächen i.J. 2020 und vor der Friedenskonferenz 2022 zu bewältigen. Die Mehrheit des Trägerkrei-

ses hat 2019/2020 die Einladung von Herrn Offman wegen seiner politischen Aktivitäten in der Münchner Stadtgesellschaft abgelehnt (als Mitglied der CSU-Fraktion), nicht wegen seiner Ablehnung der BDS-Kampagne und schon gar nicht wegen seiner Religionszugehörigkeit. Wo findet sich da eine Doppelmoral? Der Trägerkreis der Friedenskonferenz hat sich nie zur BDS-Kampagne geäußert, auch nicht die DFG-VK, diese Kampagne war auch nie Gegenstand einer Veranstaltung im Rahmen der Konferenz.
(unsere Stellungnahmen und die vielen Kommentare und Briefwechsel von damals, hier zum Nachlesen: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Doku%20Ab-sage%20alle%20Texte%20Internetseite%20okt%202020.pdf>)

6) Zum Aufruf Palästina spricht: Die DFG-VK München sowie der Landesverband Bayern und der Bundesverband haben nicht zu Kundgebungen gemeinsam mit „Palästina spricht“ aufgerufen.
Inhaltlich verweisen wir auf die Erklärung des Landesverbandes Bayern der DFG-VK vom 15.10. 2023, die von uns in München mitformuliert wurde und mitgeteilt wird.
<https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2023/10/231018-Israel-Gaza-Stellungnahme.pdf>

7) Zu den angeblich antisemitischen Äußerungen der ReferentInnen der Friedenskonferenz:
Bei den kritisch gewürdigten Zitaten geht es durchweg um Kritik an Israel bzw. die Politik der israelischen Regierung, um die Einschätzung des Konfliktes und seiner Wurzeln usw.

Diese mag man in der Sache für falsch oder unzutreffend halten, ist aber nicht automatisch ein Ausdruck von Antisemitismus. Das Verhältnis zu Israel ist komplex bzw. belastet, weil berechnete und notwendige Kritik an der Politik der israelischen Regierungen als antisemitisch diffamiert bzw. gebrandmarkt wird.

Das bewirkt eine Einschüchterung der GegnerInnen der israelischen Politik, und eine Ausgrenzung von Meinungen. Der Trägerkreis Friedenskonferenz hat die zitierten Aussagen nicht kommentiert, sie sich aber auch nicht zu eigen gemacht.

Denn wir hatten ihnen ja andere Themen gestellt: Clare Daly sollte auf der Friedenskonferenz über die gegenwärtige Militarisierung der EU sprechen, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) und die Bedeutung der bevorstehenden EU-Parlamentswahlen 2024.

Yannis Varoufakis sollte über die Möglichkeit einer

Fortsetzung Stellungnahme der DFG-VK

blockfreien und friedlichen Welt sprechen. Wie kann ein internationaler Sicherheitsrahmen aussehen und was ist dafür in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nötig? Auch in diesem Fall haben die Gruppen des Trägerkreises die Referate im Nachgang auch kritisch beleuchtet und manche Fragezeichen gesetzt. (<https://friedenskonferenz.info/> dort Abschriften der Beiträge)

Daher nochmal der Hinweis: Die Aussagen und Beiträge der ReferentInnen werden nicht im Vorfeld darauf untersucht, ob sie den friedenspolitischen Positionen des Trägerkreises entsprechen. Das gilt umso mehr für pointierte Äußerungen der genannten PolitikerInnen zu anderen aktuellen Fragen, die wir aber im Rahmen dieser Friedenskonferenz gar nicht aufwerfen wollten.

Im Übrigen war das Kulturreferat über die genannten ReferentInnen informiert und hatte keine Bedenken angemeldet. (in dieser Doku: Siehe die Historie, S. 7 und 8)

8) In der Mitteilung der Grünen Stadtratsfraktion heißt es weiter:

*In der Summe ergibt sich hier das Bild einer Veranstaltung, die ihren ursprünglichen Auftrag, sich für Frieden und Menschenrechte einzusetzen, immer weniger erfüllen kann, weil sie Redner*innen eine Bühne bietet, die sich nicht klar von Diktaturen und Autokraten sowie deren Kriegen und Menschenrechtsverletzungen distanzieren beziehungsweise sie sogar gut heißen.*

Mit dieser Polemik disqualifiziert sich die Mitteilung der Grünen selbst, denn alle Beiträge zur Münchner Friedenskonferenz sind gut dokumentiert. Unsere Veranstaltungen standen durchaus unter kritischer Betrachtung der lokalen Medien bzw. der Parteien und sonstigen Akteure in der Stadtgesellschaft. Keine/r unserer ZuschussgeberInnen, z.B. Katholischer Fonds, Kurt-Eisner-Verein, Bertha-von-Suttner-Stiftung, Ökumenisches Netz Bayern, hat jemals festgestellt, dass die Internationale Friedenskonferenz die Kriege und Menschenrechtsverletzungen von Diktatoren gut heißen würde. Wenn das richtig wäre, hätte auch das Kulturreferat zeitnah reagieren müssen.

Denn mit dem Nachweis der sachgerechten Verwendung der Mittel war immer auch ein inhaltlicher Bericht und eine Dokumentation der Beiträge verbunden.

Die Grüne Fraktion sollte diese diffamierende Äußerung ausdrücklich zurückziehen!

Der letzte Absatz ist an sich richtig:

Noch nie war es unseres Erachtens so wichtig wie jetzt, dass es eine aktive, große, breit zivilgesellschaftlich getragene Friedensbewegung im Sinne einer Graswurzelbewegung gibt. Dies kann aber nur gelingen, wenn das auf Basis von demokratischen, freiheitlichen Werten passiert, die Haltung zeigt gegen jede Art von Rassismus, Antisemitismus oder aber Queerfeindlichkeit.

Aber im Kontext wird damit suggeriert, das Projekt der Internationalen Münchner Friedenskonferenz sei irgendwie „von Rassismus, Antisemitismus oder aber Queerfeindlichkeit“ gekennzeichnet, und stünde nicht „auf (der) Basis von demokratischen, freiheitlichen Werten“.

Der Vorwurf: „Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit“ wird hier rhetorisch indirekt unterstellt, ohne aber konkrete Belege zu bringen; damit wird die Absicht der politischen Diffamierung deutlich.

Bei den Grünen gibt es keinen politischen Willen, die Friedenskonferenz zu unterstützen, das ist der schlichte Kern der Mitteilung vom 14.2.2024. Das ist auch ganz gut verständlich, nachdem die Grünen als Partei für Waffenlieferungen, Sieg und Aufrüstung eintreten, statt für Frieden durch Verständigung und Interessensausgleich.

Ungeachtet dieser politischen Stellungnahme der DFG-VK (Gruppe München/ LandessprecherInnenkreis) wird der Trägerkreis der Münchner Friedenskonferenz weitere rechtliche Schritte gegen den Bescheid des Kulturreferats unternehmen.

Stand 10.7. 2024



Ergänzung zum Thema Syrien

Assad-Regime/ Karin Leukefeld,
zur Anmerkung 4 :

Bei der Friedenskonferenz 2019 referierte Frau Karin Leukefeld, Journalistin, Seit 2000 freie Korrespondentin im Mittleren Osten, zum Thema: Krieg gegen den Terror. Bilanz am Beispiel Syrien

Hier gibt's den Vortrag: <https://www.youtube.com/watch?v=SgaxJiZ4Pal>

Leider gibt's keine Abschrift, mensch kann sich hier den Vortrag anhören

Das Referat teilt mit (2)

Schreiben des Kulturreferats vom 15.2. 2024 an Herrn Rechtsanwalt Breuer. Vom word-Dokument hier einkopiert und zwecks Platzersparung Umbruch und Typografie verändert (TR)

Beitrifft: Friedenskonferenz



Landeshauptstadt
München

Ihr Schreiben vom 13.02.2024, Az. 87 / 24 MB01 mb

Unser Schreiben vom 06.02.2024 an die Projektleitung im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz / H MV Bildungswerk für Friedensarbeit und Völkerverständigung e.V.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Breuer,

unter Bezugnahme auf Ihr o.g. Schreiben teilen wir Ihnen Folgendes mit.

Mein Schreiben vom 06.02.2024 kann als Ablehnungsbescheid ausgelegt werden.

Die Entscheidung über die Förderung erfolgte zwar spät, aber die Projektförderung ist insbesondere von der genauen Ausgestaltung des zu fördernden Projekts abhängig.

Am 26.01.2024 teilte die Koordinatorin der Friedenskonferenz, Maria Feckl, der zuständigen Sachbearbeiterin mit, dass ein neuer Programmpunkt hinzukommt. Nämlich das Gespräch mit den beiden Friedensaktivisten Rotem Levin und Osama Eliwat am 18.02.2024 im EineWelt Haus. Daraufhin wurde Frau Feckl von uns informiert, dass wir den Förderantrag erneut prüfen müssen.

Die erforderliche Anhörung ist nachzuholen. Wir bitten Ihre Mandantschaft bis 29.02.2024 um Stellungnahme. Danach werden wir einen förmlichen Ablehnungsbescheid erlassen.

Unsere Ablehnung stützt sich auf folgende Gründe:

1. Sind die Fördervoraussetzungen in einer Förderrichtlinie geregelt, folgt daraus noch kein Anspruch auf finanzielle Förderung. Die Richtlinie enthält vielmehr ein als freiwillige Leistung ausgestaltetes Förderprogramm, das schon aufgrund seiner Rechtsnatur als Verwaltungsvorschrift keinen Rechtsanspruch auf Bewilligung von Zuwendungen zu begründen vermag. Es handelt sich hierbei um eine interne Handlungsleitlinien, die das Ermessen, im vorliegenden Fall des Kulturreferats, lenkt. Entscheidend ist allein, wie die Behörden des zuständigen Rechtsträgers die Verwaltungsvorschrift im maßgeblichen Zeitpunkt in ständiger Praxis gehandhabt haben und in welchem Umfang sie infolgedessen durch den Gleichheitssatz gebunden sind (vgl. VG München, Urteil vom 19. November 2009 – M 15 K 07.5555).

Die zuwendungsgebende Kommune kann im Rahmen des ihr eingeräumten Ermessens darüber bestimmen, was der Förderzweck ist, welche Ausgaben sie dem Fördergegenstand zuordnet und welcher Personenkreis konkret begünstigt werden soll. Außerdem obliegt ihr allein die Ausgestaltung des Förderverfahrens. Insoweit hat sie auch die Interpretationshoheit über die maßgeblichen Verwaltungsvorschriften (vgl. BayVGh, B.v. 14.9.2020 – 6 ZB 20.1652 – juris Rn. 9; B.v. 17.11.2010 – 4 ZB 10.1689 – juris Rn. 19 m.w.N.), so dass es allein darauf ankommt, wie die administrative Binnenvorschrift im maßgeblichen Zeitpunkt in ständiger Praxis gehandhabt wurde.

Dabei kann sie im Rahmen der Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den Kreis der Begünstigten durch eine dem Zweck der Förderung entsprechende, sachgerechte Abgrenzung auf bestimmte Antragsberechtigte beschränken (VG München, U.v. 15.9.2021 – M 31 K 21.110 – juris Rn. 26; U.v. 14.7.2021 – M 31 K 21.2307 – juris Rn. 23). Dies gilt gleichermaßen für die sachliche Eingrenzung einer Zuwendung und die Festlegung der relevanten Maßstäbe zur Bestimmung der Höhe einer Zuwendung.

Allein entscheidend ist, wie die Behörde die Verwaltungsvorschrift im maßgeblichen Zeitpunkt in ständiger Praxis gehandhabt hat und in welchem Umfang sie infolgedessen durch den Gleichheitssatz gebunden ist.

Daraus ergibt sich Folgendes:

Fortsetzung Schreiben des Kulturreferats vom 15.2. 2024

Bei der beantragten Förderung für die Friedenskonferenz 2024 handelt es sich um eine freiwillige Leistung, die ohne Rechtsanspruch

- auf der Grundlage der vom Stadtrat zuletzt mit Beschluss vom 15.12.2021 erlassenen Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus Kulturförderungsmitteln der Landeshauptstadt München (künftig Förderrichtlinie),
 - im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel,
 - nach pflichtgemäßem Ermessen der Behörde
- in der Vergangenheit gewährt wurde.

Die Förderung wurde von Anfang an als Projektförderung und nicht als institutionelle Förderung gewährt. Das bedeutet, eine Entscheidung, ob das Projekt gefördert wird, wird stets auf Grundlage des jeweiligen finalen Konzepts getroffen.

Obwohl nach Ziffer 1 der Förderrichtlinie nur fachlich anerkannte Beiträge zur Pflege der Kultur und der kulturellen Bildung nach Maßgabe des dem Kulturreferat übertragenen Aufgabenspektrums Gegenstand einer Förderung sein können, förderte das Kulturreferat in der Vergangenheit auch vereinzelte politische Veranstaltungen.

In Folge von Corona, Ukrainekrieg und gestiegener Kosten u.a. durch die Inflation und den damit verbundenen Umsatzeinbußen im kulturellen Bereich sowie konjunkturbedingter Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt München musste das Kulturreferat drastische Einsparungen vornehmen. Um dies bewerkstelligen zu können, werden alle Zuwendungen auf ihre Vereinbarkeit mit den o.g. Förderrichtlinien überprüft.

Gerade bei der Projektförderung findet eine Priorisierung der eingereichten Kunst- und Kulturprojekte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel statt.

In diesem Zusammenhang kommt den beiden in Rede stehenden Stadtratsanträgen zwar keine bindende Wirkung zu, da es sich bei der Umsetzung der Förderrichtlinie im vorliegenden Umfang um eine laufende Angelegenheit handelt. Beide Anträge verdeutlichen jedoch sehr gut, dass es dem Kulturreferat nicht leichtgefallen ist, seine neue restriktive Förderpraxis in Anbetracht der langjährigen Förderung der Friedenskonferenz aufrechtzuerhalten.

2. Die Antragsteller*innen können sich infolge ihrer in den vorangegangenen Jahren positiv verbeschiedenen Anträgen auch auf keinen Anspruch auf Gleichbehandlung infolge einer Selbstbindung der Verwaltung berufen.

Dabei ist zu beachten, dass auch eine ausgeübte Verwaltungspraxis nicht unumstößlich ist. Vielmehr kann ein durch Verwaltungsvorschriften festgelegtes Förderprogramm ohne Verstoß gegen den Gleichheitssatz aus sachlichen Gründen jederzeit geändert werden (vgl. VG München, Urteil vom 19. November 2009 – M 15 K 07.5555).

Zum einen vermittelt eine jahrelang gewährte Projektförderung keine objektiv-rechtliche Verpflichtung und keinen Rechtsanspruch auf Gewährung einer Weiterförderung, weil dem schon das Jährlichkeitsprinzip des öffentlichen Haushaltsrechts entgegensteht (vgl. BVerwG, Urteil vom 17.9.2009 – 5 C 25/08 – BVerwGE 134, 206-227; BayVGh, Beschluss vom 12.9.2012 – 12 ZB 10.609 – juris Rn. 10; VG München, Urteil vom 19. November 2009 – M 15 K 07.5555).

Vielmehr ist der zuwendungsgebenden Stelle im Rahmen der hier vorliegenden Projektförderung ihrer Freiheit, Subventionen zu gewähren, aber auch wieder einzustellen, ein weites Gestaltungsermessen eingeräumt. Wer im Hinblick auf eine Zuwendung Dispositionen mit in die Zukunft reichenden Wirkungen trifft, kann daher nicht darauf vertrauen, dass die zum Zeitpunkt der früheren Entscheidung gewährten Subventionen zeitlich unbegrenzt fortbestehen (BVerfGE 78, 249; OVG Berlin v. 14.12.1993 - 8 B 81.93; VG Ansbach v. 10.9.2003 - AN 13 K 03.00896).

Die Friedenskonferenz wurde nicht längerfristig als Institution gefördert, sondern als jährlich neues Projekt, das eine jährlich neue Konzeption aufweist und dessen Förderung jährlich neu zu entscheiden ist.

Zum anderen ist es der zuwendungsgebenden Stelle unbenommen, ihre Praxis aus sachlich nachvollziehbaren Gründen zu ändern (vgl. VG Würzburg, Urteil vom 9.10.2023 – W 8 K 23.316; Urteil vom 15.12.2023 – W 8 K 23.546), was vorliegend der Fall ist.

Mit freundlichen Grüßen, Biebl, Kulturreferent

Im formellen Ablehnungsbescheid des Kulturreferats vom 20.3.2024 werden ebenfalls die hier vorgebrachten Argumente verwendet



Münchner
Friedenskonferenz

Diese Pressemitteilung des Trägerkreises Friedenskonferenz bezieht sich auf das Schreiben vom 15.2. Der Formale Ablehnungsbescheid des Kulturreferats enthält keine weiteren inhaltlichen Argumente.

Pressemitteilung

29. Februar 2024

Kulturreferat entscheidet eigenständig über Förderung der Münchner Friedenskonferenz

Mit Schreiben vom 15. Februar 2024 korrigiert das Kulturreferat die vorherige Aussage von Kulturreferent Anton Biebl und Oberbürgermeister Dieter Reiter, dass der Antrag aus den Reihen der Stadtratsfraktionen SPD/Volt und Grüne/Rosa Liste, die Internationale Münchner Friedenskonferenz nicht zu fördern, dem Kulturreferat „einen Rahmen [setze], der in der Auslegung der Förderkriterien berücksichtigt werden muss.“ Die Organisator*innen der Friedenskonferenz fordern das Kulturreferat deshalb dazu auf, frei von der Einflussnahme der betreffenden Stadträt*innen erneut über die Förderung der Friedenskonferenz zu entscheiden.

Tatsächlich entscheidet das Kulturreferat in der Regel eigenständig über sogenannte „laufende Angelegenheiten“ unter 25.000 EUR. Entscheidungen über die Förderanträge richten sich nach den Förderrichtlinien, die das Ermessen des Kulturreferats lenken und durch den Stadtrat gestaltet werden. Die Verwaltung ist in allen Entscheidungen an den Grundsatz der Gleichbehandlung gebunden.

Anstatt die Förderrichtlinien insgesamt anzupassen, was zweifelstfrei in den Aufgabenbereich des Stadtrats fallen würde, zielt der besagte Stadtratsantrag darauf ab, lediglich für die Friedenskonferenz neue Maßstäbe anzusetzen. Der Antrag war dementsprechend ein Versuch, auf eine Art und Weise in den Kompetenzbereich des Kulturreferats einzugreifen, die nicht dem Grundsatz der Gleichbehandlung entspricht.

Dadurch, dass sich Kulturreferent Anton Biebl und Oberbürgermeister Dieter Reiter durch den bloßen Antrag, der noch nicht vom Stadtrat beschlossen wurde, „einen Rahmen [zur] Auslegung der Förderkriterien“ setzen ließen, bestand die Gefahr, dass, erstens, die politisch motivierte¹ Ungleichbehandlung der Friedenskonferenz mit einem Verwaltungsakt durchgesetzt würde, und zweitens, durch einen irregulären und undemokratischen Prozess die Förderkriterien des Kulturreferats, bzw. deren Auslegung, geändert würden.

Zumindest letztere Gefahr wurde durch die korrigierende Mitteilung des Kulturreferats, der Stadtratsantrag setze keinen bindenden Rahmen zur Auslegung der Förderkriterien, abgeschwächt. Nichtsdestotrotz hat das Kulturreferat die Entscheidung, die Friedenskonferenz aufgrund des Stadtratsantrags nicht zu fördern, nicht zurückgezogen. Wir fordern das Kulturreferat dringend auf, gemäß seiner eigenen Einschätzung vom 15. Februar 2024 zu handeln und der Friedenskonferenz die mündlich zugesagte Förderung zu gewähren.

¹ Stadtratsfraktion Grüne/Rosa Liste: „Dazu fehlt jedoch – das wollen wir nicht verschweigen – gegenwärtig der politische Wille.“ Siehe: <https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/in-einer-sache-warum-wir-die-muenchner-friedenskonferenz-nicht-mehr-foerdern-wollen/>.

Veranstaltungen der Friedenskonferenz waren 2023 und 2024 in der Hochschule für Philosophie. Niemand hat einen Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung erkannt.

Von: Ludwig Jaskolla , Gesendet: Donnerstag,
15. Februar 2024 12:18, An: office@friedensk.....

Betreff: Stellungnahme der HFPH als Vermieterin

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Feckl,
die Hochschule für Philosophie München (HFPH) erreichen aktuell Anfragen zu den Veranstaltungen der Münchner Friedenskonferenz. Wir geben hiermit folgende Stellungnahme ab:

Die Hochschule für Philosophie München (HFPH) vermietet schon seit längerer Zeit Räumlichkeiten für Veranstaltungen an die Münchner Friedenskonferenz. Die HFPH ist an der Münchner Friedenskonferenz in keiner Weise inhaltlich und / oder organisatorisch beteiligt. Für die inhaltliche Ausgestaltung des Programms ist allein die Münchner Friedenskonferenz verantwortlich.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen beobachtet die HFPH die Situation genau - besonders die Haltung unserer Partner in Politik, Gesellschaft und Kirche ist von großer Bedeutung. Die HFPH wird eine ergebnisoffene Re-Evaluation der Möglichkeit zukünftiger Mietverhältnisse durchführen.

Die HFPH ruft die Münchner Friedenskonferenz nachdrücklich dazu auf, sicherzustellen, dass ausschließlich solche Stimmen Gehör finden, die fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Ludwig Jaskolla, Pressesprecher , Hochschule für Philosophie München

<<<<<<<<<<<<<<<<<<<

Von: Maria Feckl <maria.feckl@g , Gesendet: Donnerstag, 22. Februar 2024 07:33, An: Ludwig Jaskolla

Betreff: AW: Stellungnahme der HFPH als Vermieterin

Sehr geehrter Herr Dr. Jaskolla,
die 22. Internationale Münchner Friedenskonferenz ist am Sonntag mit dem Gebet der Religionen im Haus der Kulturen und Religionen zu Ende gegangen.

In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie von einer „ergebnisoffenen Re-Evaluation der Möglichkeit zukünftiger Mietverhältnisse“, welche die HFPH durchführen wolle. Erlauben Sie mir nachzufragen, ob wir Sie für diese Re-Evaluation mit einem Gespräch, Informationen oder einer Stellungnahme unterstützen können. Es ist uns ein Anliegen mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und Ihnen zu erklären, dass die Internationale Münchner Friedenskonferenz „fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland steht“.

In Erwartung Ihrer geschätzten Rückmeldung verbleibe ich , mit herzlichen Grüßen, Maria R. Feckl

[illegible]

Von: Ludwig Jaskolla , Gesendet: Montag, 26. Februar 2024 12:28, : Maria Feckl <maria.feckl@>

Betreff: AW: Stellungnahme der HFPH als Vermieterin

Liebe Frau Feckl,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Ich habe schlechte Nachrichten.

Wie Sie vielleicht gesehen haben, hat die HFPH zusammen mit anderen Wissenschaftsinstitutionen die Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung gegründet.

Gründung der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung - Universität Bayern e.V. (unibayern.de)

Dies führt dazu, dass wir den Zeitraum vor und während der MSC in Zukunft für Veranstaltungen dieser Allianz vorreservieren. Insofern ist eine Vermietung in diesem Zeitraum in Zukunft nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Ludwig Jaskolla

Schreiben der SPD/Volt Stadtratsfraktion

Darin wird nur mit „Finanzen“ und „Kultur“ argumentiert. Die politischen Diffamierungen der Grünen Fraktion werden in diesem Schreiben nicht übernommen. Adressat ist Frau Dr. Fischer, Vertreterin der IPPNW im Trägerkreis der Friedenskonferenz. Das schreiben ist nicht mit einem Namen unterzeichnet.

zwischenzeitlich hat die
Friedenskonferenz vom
16.2. - 18.2. stattgefunden

Frau Dr. med. Hildegard Fischer



Fraktion im
Münchner Stadtrat

Fraktionsgemeinschaft
SPD / Volt
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München
089 – 233 926 27
spd-rathaus@muenchen.de

München, 26. Februar 2024

Ihr Schreiben zum Thema „Internationale Münchner Friedenskonferenz“

Sehr geehrte Frau Dr. Fischer,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Thema „Internationale Münchner Friedenskonferenz“, das wir Ihnen hier gerne beantworten.

Die Entscheidung, die Internationale Münchner Friedenskonferenz nicht mehr zu fördern, ist uns sehr schwergefallen. Natürlich wir sind der Meinung, dass es in der heutigen Zeit wichtig ist, sich für den Frieden einzusetzen. Daher unterstützt Oberbürgermeister Dieter Reiter auch das Städtebündnis „Mayors for Peace“ und setzt gemeinsam mit anderen Kommunen ein politisches Zeichen für den Frieden. Allerdings ist es angesichts der schwierigen Haushaltslage auch nötig zu hinterfragen, welche Träger Programme realisieren, die zu den originären Aufgaben der jeweiligen Referate gehören. Daher stellen wir derzeit das Portfolio des Kulturreferats insgesamt auf den Prüfstand.

Im Falle der Förderung durch das Kulturreferat mussten wir leider feststellen, dass eine Förderung im Sinne von Kunst und Kultur auf diese Veranstaltung nicht ausreichend zutrifft. Die Münchner Friedenskonferenz ist ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss und agiert zudem rein politisch. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema wie wir es von vielen Bühnen dieser Stadt kennen, findet hier nicht statt. Da wir im Kulturbereich keine Förderung vom Freistaat bekommen, sind wir hier insbesondere darauf angewiesen, das vorhandene Budget so zu verteilen, dass es den Kunst- und kulturellen Akteur*innen dieser Stadt zugutekommt, die Veranstaltungen mit kulturellem Anspruch und einem Bezug zu dieser Stadt realisieren.

Wir hoffen, Ihre Fragen zufriedenstellend beantwortet zu haben. Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße

die SPD/Volt-Stadtratsfraktion

Abschnitt II: Presseresonanz und Leserbriefe

Süddeutsche Zeitung vom 6.2.2024

„Veranstalter halten an Friedenskonferenz fest“

Die Streichung der Förderung der Münchner Friedenskonferenz hat sich dann doch zum stadtpolitischen Skandalchen entwickelt. Wir zitieren aus der Süddeutschen Zeitung v. 6.2. 2024, das zitieren ist natürlich höchst umständlich und erschwert die Lesbarkeit, aber in einem Präzedenzfall vor einigen Jahren hat uns die Süddt. Zeitung die Dokumentation eines Artikels untersagt. Daher Zitat:

„Auch ohne Zuschuss: Veranstalter halten an Friedenskonferenz fest“
So war die Headline der Süddeutschen Zeitung vom 6. Februar 2024

Von Heiner Efferen und Joachim Mölter (Die Autoren hatten Maria R. Feckl, die Projektleiterin der Münchner Friedenskonferenz interviewt)

Die Süddeutsche schreibt:

„Kurzfristig will die Stadt ihren seit Jahren gezahlten Zuschuss zur Gegenveranstaltung der Münchner Sicherheitskonferenz streichen. Die Organisatoren sind schwer irritiert. Auch, weil keiner mit ihnen gesprochen hat.“

Und weiter:

„Die internationale Friedenskonferenz wird auch in diesem Jahr parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz vom 16. bis 18. Februar stattfinden - obwohl die Finanzierung in Gefahr ist, weil die Stadt München ihren bisherigen Zuschuss kurzfristig streichen will. „Wir werden die Friedenskonferenz definitiv abhalten“, versichert die Projektleiterin Maria R. Feckl. Unter dem Motto „Wohin treibt Europa?“ wird also am übernächsten Wochenende in der Freiheizhalle und der Hochschule für Philosophie über Möglichkeiten für eine friedlichere Welt diskutiert, unter anderem mit dem früheren griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis als prominentestem Referenten. „Die Verträge für die Räumlichkeiten und mit den Rednern bestehen, Flüge und Hotels sind gebucht“, sagt Feckl. Eine Absage komme deshalb nicht mehr infrage: „Wir hoffen halt jetzt auf ganz, ganz viele Spenden.“

Stadträte von Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt hatten Ende der vorigen Woche beantragt, den bisher stets vom Kulturreferat ausgezahlten Zuschuss für die Veranstaltung zu streichen, und zwar ab sofort. Begründet wurde das mit einem fehlenden kommunalen Bezug sowie mit Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt. „Dass dies nicht ernst gemeint sein kann, zeigt die symbolische Höhe der Förderung“, findet die Fraktion Die Linke/Die Partei, die am Dienstag einen Gegenantrag in den Stadtrat eingebracht hat, nämlich die Friedenskonferenz weiterhin zu fördern.“

(Der Antrag der Linken Fraktion in dieser Doku auf Seite 23)

Im zitierten Artikel heißt es weiter:

„Bei dem finanziellen Zuschuss geht es um 6500 Euro - für das Kulturreferat „weniger als 0,01 Prozent am Budget für Förderung von Kunst und Kultur“, wie der Trägerkreis der Friedenskonferenz in einer Medienmitteilung vom Montag ausgerechnet hat. Für die Veranstalter allerdings ein Viertel ihres Etats, wie Feckl sagt: „Die Gründe, die jetzt für die Streichung genannt werden, gibt es seit 20 Jahren.“

Was sie besonders enttäuscht, ist der Umstand, dass von der Regierungskoalition im Rathaus niemand mit den Organisatoren gesprochen hat, ehe der Antrag formuliert und eingebracht worden ist. Von dem erfuhren die Organisatoren aus den Medien, „entsprechend schockiert“ seien sie gewesen, sagt Feckl: „Wir hätten gern ein Gespräch geführt. Wir hoffen, es erbarnt sich noch jemand und erklärt uns, was wirklich das Problem ist.“

Die Stadträtinnen Mona Fuchs (Grüne) und Julia Schönfeld-Knor (SPD) hatten auf Nachfrage die Entscheidung ihrer Parteien noch damit begründet, dass es seit Längerem „Irritationen“ über das Auftreten und die Ausrichtung der Friedenskonferenz gegeben habe. Darüber ist nun wieder Feckl irritiert.“ Inoffiziell werden inhaltliche Bedenken gegen die Friedenskonferenz genannt

Das Interview erfolgte eine Woche vor der Pressemitteilung der Grünen Fraktion vom 14.2., daher konnte im Interview und im Artikel kein Bezug darauf genommen werden. Was die Autoren der SZ „inoffiziell“ wußten, wissen wir wiederum nicht. Im Artikel wird weiter ausgeführt:

Fortsetzung Artikel Süddeutsche Zeitung v. 6.2.2024

„Zwar hatte es vor vier Jahren eine Kontroverse gegeben, weil die damaligen Organisatoren den jüdischen SPD-Stadtrat Marian Offman als Überbringer eines Grußworts der Stadt abgelehnt hatten, woraufhin die Veranstaltung 2020 komplett abgesagt wurde. Aber dass dieser Eklat noch nachwirkt, kann sich Feckl nicht vorstellen: In den Jahren danach habe es mit einem neuen Organisationsteam wieder eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt gegeben. So sprach 2022 die damalige Zweite Bürgermeisterin Katrin Habenschaden (Grüne) das Grußwort, und gemeinsam mit Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) sei in jenem Jahr auch ein Appell zur Abschaffung aller Atomwaffen verfasst worden.“



(Dazu die Anmerkung auf S. 11 zur Konferenz 2020) Weiter im Artikel:
 „Hinter den Kulissen waren im Rathaus dennoch inhaltliche Gründe für die Streichung zu hören. Zum Beispiel die Sorge, dass Rednerinnen oder Redner den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine relativieren und damit auch Münchens Beziehungen zur Partnerstadt Kiew belasten könnten. Oder die Nähe mancher Redner zu Verschwörungstheorien.“

2. Bürgermeisterin bis Okt. 2023, Katrin Habenschaden, war so nicht im zitierten Artikel der SZ

Hier verwenden die Autoren ohne weitere Belege das Verdikt „Verschwörungstheorie“, wir zitieren trotzdem weiter:
 „Oder die Sorge, dass die Distanzierung zur Terrororganisation Hamas fehlen könnte, auf einer Veranstaltung, bei der die Stadt mit ihrem Logo als Sponsor auftritt. Und die Ausladung Offmans hänge bis heute nach. Die Streichung des Zuschusses kann daher als demonstrativer Akt verstanden werden. Das Kulturreferat hätte einen so kleinen Posten ohne wirklichen kulturellen Bezug wohl auch ohne Beschluss des Stadtrats auslaufen lassen können. Durch den Antrag ist die Zustimmung der Rathausmehrheit nach außen hin politisch dokumentiert.“

Abschließend wird nochmal Frau Feckl zitiert:

Für Feckl bleibt das „alles Spekulation“. Offiziell habe es keine Kritik gegeben, sagt sie. Die Linke-Stadträtin Brigitte Wolf fordert deshalb: „Wenn Grün-Rot etwas gegen die Friedenskonferenz haben, dann sollen sie sich inhaltlich kritisch mit ihr auseinandersetzen, in die Diskussion gehen und nicht einfach die Fördermittel streichen.“

An die Süddeutsche Zeitung GmbH, Leserbrief zum Artikel vom 6.2.24

Auch ohne Zuschuss: Veranstalter halten an Friedenskonferenz fest

Sehr geehrte Damen* und Herren*, ich bitte nachfolgenden Leserbrief zu o.g. Artikel veröffentlichen.

Den Stadträten* von den Grünen und SPD ist zu danken! Sie haben den Veranstaltern* einen großen Gefallen getan: Durch Ihren Antrag der Friedenskonferenz die Zuschüsse ab sofort und auch zukünftig zu streichen, ist diese Veranstaltung nun – doch eigentlich relativ kostengünstig - bis zu den Werbemonitoren der Münchner U-Bahnen vorgedrungen.

Auch die offizielle Antragsbegründung (fehlender kommunaler Bezug, Sparmaßnahmen) entlarvt alleine schon durch ihre Absurdität den wahren Hintergrund: Es wird bei der Veranstaltung wohl nicht ausbleiben, dass die Bundesebenen dieser beiden Parteien für ihre Politik der Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, die zu einer Mitverantwortung für die hunderten Toten, Traumatisierten und Verstümmelten in der Ukraine, in Nahost etc. geführt haben, kritisiert werden. Dass Alternativen dazu erörtert werden sollen, dass auch Betroffene dieser Politik zu Wort kommen werden, das wollen diese Stadträte* auf Gutsherrenart verhindern.

Die „Beziehungen“ zum Bürgermeister der „Partnerstadt Kiew“ könnten übrigens ruhig etwas weniger geschmeidig sein. Immerhin kann Vitali Klitschko wegen seiner Verehrung für den Naziknecht Stepan Bandera durchaus als „rechtsoffen“ bezeichnet werden. Und gegen „rechtsoffen“ und „Verschwörungstheorien“ streiten die lieben Stadträte* ja jederzeit mutig und konsequent – aber nur wenn es gerade in den Kram passt!

Mit freundlichen Grüßen, Christian Wunner, München

Quelle online für SZ Artikel v. 6.2.2024, S. 20:
<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-zuschuss-gestrichen-muenchner-sicherheitskonferenz-1.6344805?print=true&internal-referrer=https%3A%2F%2Fwww.sueddeutsche.de%2Fmuenchen%2Fmuenchen-friedenskonferenz-%20zuschuss-gestrichen-muenchner-sicherheitskonferenz-1.6344805>

Die Tageszeitung TAZ vom 8.2.2024

Kein Geld für Friedenskonferenz

Sie war das Gegenmodell zur Münchner Sicherheitskonferenz. Doch die Stadt beendet ihre Unterstützung

Aus München Dominik Baur

Geht es um ein paar Tausend Euro oder um inhaltliche Differenzen? So ganz ist das nicht klar. Jedenfalls steht die Münchner Friedenskonferenz, die Ende nächster Woche wieder in München stattfinden soll, diesmal finanziell etwas klamm da. Der Grund: Die grün-rote Stadtratsmehrheit will den Organisatoren kurzfristig den bisher gewährten Zuschuss streichen.

Die Münchner Friedenskonferenz ist die von den Dimensionen her bescheidene Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz, auf der einige der Mächtigen der Welt alljährlich die globale Sicherheitslage diskutieren – und das meist eher nicht im Sinne radikaler Pazifisten. Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz sei es, „Denkprozesse anzustoßen, die

eine Kultur des Friedens beflügeln“, beschreiben die Organisatoren ihr Anliegen. Seit 2003 veranstalten sie die Konferenz.

Das sollen sie gerne auch weiterhin tun, finden Grüne und SPD, aber doch bitte ohne städtische Gelder. Vor wenigen Tagen erst schickten die Fraktionen von Grüne/Rosa Liste und SPD/Volt ein Schreiben an Oberbürgermeister Dieter Reiter, in dem sie beantragten, die bisherige Förderung der Veranstaltung durch das Kulturreferat einzustellen – „ab sofort und künftig“. Von „erforderlichen Konsolidierungen“ ist darin die Rede und von einer Stärkung der Kernaufgaben des Referats.

Das Veranstaltungsteam ist von der Entscheidung überrumpelt. Besonders irritiert zeigen sich die Veranstalter darüber, dass niemand im Vorfeld das Gespräch mit ihnen gesucht

habe. „Das Vorgehen, der Friedenskonferenz ohne Vorwarnung kurz vor Veranstaltungsbeginn den finanziellen Boden unter den Füßen wegziehen zu wollen, gefährdet die Durchführung der Friedenskonferenz.“ Auch verstehe man die Begründung nicht. In der Tat dürfte die Streichung keinen spürbaren Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts leisten. Selbst wenn man nur das Förderbudget des Kulturreferats betrachte, betrage der Anteil der beantragten Fördersumme von 6.500 Euro weniger als 0,01 Prozent, rechnet der Trägerkreis vor.

Die Vermutung, es könnten auch inhaltliche Gründe eine Rolle spielen, ist so abwegig jedenfalls nicht. So ist die Friedenskonferenz durchaus eine streitbare Veranstaltung, die bisweilen für Empörung sorgt. So

kam es etwa vor vier Jahren zum Eklat, als die Veranstalter den SPD-Stadtrat Marian Offman ausluden. Dieser hätte für die Stadt in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort sprechen sollen. Der Grund hierfür war wohl, dass Offman, Münchens einziger jüdischer Stadtrat, die Kampagne BDS (Boycott, Divestment and Sanctions), die zum Boykott Israels aufruft, ablehnt.

Dass es auch in diesem Jahr kontrovers zugehen dürfte, dafür spricht beispielsweise, dass Yanis Varoufakis als Redner eingeladen ist. Der frühere griechische Finanzminister fiel zuletzt mit äußerst eigenwilligen Äußerungen zum Überfall auf Israel durch die Hamas am 7. Oktober und die darauf folgende Reaktion Israels auf Varoufakis unterstützten ebenfalls die BDS-Kampagne.

Die Junge Welt vom 10.-11.2.2024

Titel:

„Kein Geld für Kriegsgegner“

„Münchner Stadtverwaltung streicht Zuschüsse für Friedenskonferenz“

Nebestehend der zweite Teil des Artikels, im ersten Teil wurden die bekannten Fakten korrekt referiert, er enthält hier aber weitere politische Einordnungen. Über die stattgefundenen Friedenskonferenzen der Vergangenheit hatte die JW eher spärlich oder gar nicht berichtet. (Bemerkung TR)

ferats, »Grün-Rot« wolle auch in München die »Zeitenwende« voranbringen. Es solle nicht mehr über den Frieden, Abrüstung oder alternative Vorstellungen von Sicherheit gesprochen werden. Die Begründung der Haushaltskonsolidierung sei vorgeschoben, eine Stunde Stadtratsvollversammlung sei teurer als der Zuschuss zu der Konferenz.

Am 1. Februar hatten SPD und Grüne das Kulturreferat aufgefordert, die Veranstaltung ab sofort nicht mehr zu fördern. Als Begründung hieß es, eine allgemein beziehungsweise weltpolitisch ausgerichtete Initiative sei ohne eine ausreichende erkennbare kommunale Befassung »deplaziert«. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Mona Fuchs hatte den Organisatoren der Konferenz schriftlich mitgeteilt, die Einladung des früheren griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis und der linken irischen EU-Abgeordneten Clare Daly sei keineswegs im Sinne der Förderung von Frieden und Solidarität mit den Angegriffenen und Kriegspartnern. Sie gab außerdem zu erkennen, dass sie seit Jahren deutliche Kritik an der

inhaltlichen Programmgestaltung hat. Viele Stadträte dürfte es auch stören, dass der langjährige UN-Diplomat Michael von der Schulenburg einen Vortrag »Der Ukraine-Krieg und unsere Verpflichtung zum Frieden« halten wird.

Das deutet auf eine veränderte politische Situation in München hin. Noch 2022 hatte die damalige Zweite Bürgermeisterin Katrin Habenschaden (Grüne) das Grußwort zur Konferenz gesprochen. Zusammen mit Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) war ein Appell zur Abschaffung aller Atomwaffen verfasst worden. Zum Trägerkreis der Friedenskonferenz gehören unter anderem die Organisationen Pax Christi, IPPNW und die DFG/VK.

Rolf-Henning Hintze, München

W Online



Auch für unterwegs:
**junge Welt-
Kreuzworträtsel**

jungewelt.de/Wochenendraetsel

„Subventionierter Siko-Protest.“

„Friedenskonferenz will Zuschüsse juristisch erstreiten“

Wir zitieren aus dem Artikel in der Süddeutschen Zeitung v. 4.4.2024 mit dem o.a. Titel:

Streit um 6500 Euro: Die Organisatoren der Münchner Friedenskonferenz wehren sich gegen die Streichung der städtischen Zuwendung.

Von Joachim Mölter

„Die Organisatoren der Münchner Friedenskonferenz wollen juristisch gegen die Streichung des städtischen Zuschusses für ihre Veranstaltung vorgehen. Gleichzeitig hoffen sie noch, dass Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) oder Kulturreferent Anton Biebl, aus dessen Etat die finanzielle Unterstützung bis dato kam, auf ihre Bitte um ein klärendes Gespräch eingehen. „Bislang kam keine Rückmeldung, aber wir wollen nichts unversucht lassen“, sagte Maria Feckl, die dem Trägerkreis der Konferenz vorsitzt.“

(Die Bezeichnung „Vorsitzende“ ist hier unangebracht, Frau Feckl ist die Projektleiterin im Auftrag des HVM-Bildungswerkes und in Absprache mit dem Trägerkreis der Friedenskonferenz)

Fortsetzung Zitat:

„Vertreter des Gremiums hatten am Dienstag über das weitere Vorgehen beraten, nachdem sie Ende März den formalen Ablehnungsbescheid erhalten hatten. Die Friedenskonferenz hatte bereits Mitte Februar wie immer parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz stattgefunden, zum mittlerweile 22. Mal und trotz der kurzfristig verwehrten Mittel. Beantragt hatten die Organisatoren 6500 Euro, was rund ein Viertel ihres Gesamtetats ausmacht. In dem fünfseitigen Schreiben wird die Ablehnung mit Haushaltszwängen begründet: Das Kulturreferat müsse in diesem Jahr insgesamt 11,9 Millionen Euro einsparen, dies werde auch „kleinteilig“ gemacht. Das Referat verwies zudem darauf, dass die bisher gewährte Förderung eine freiwillige Leistung sei, auf die kein Rechtsanspruch bestehe und die jährlich immer wieder neu bewilligt worden sei. Bei allem Verständnis für kommunale Sachzwänge moniert die selbst als Lokalpolitikerin tätige Feckl, dass die Gründe der Absage „nicht schlüssig dargelegt“ seien; das Kulturreferat „widerspricht sich an einigen Stellen“. Dort sieht das Friedensbündnis Ansätze für eine Klage.“

Gemeint ist vermutlich der Trägerkreis der Friedenskonferenz. Das Münchner Friedensbündnis hat damit formal nichts zu tun, trotzdem Fortsetzung des Zitats:

„Es ist ja kein Geheimnis, dass die Ablehnung des beantragten Zuschusses vor allem politisch motiviert war. Die grün-rote Regierungskoalition im Rathaus hatte am 1. Februar einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, die Förderung der Friedenskonferenz sofort und dauerhaft einzustellen. „Eine weltpolitisch ausgerichtete Initiative ohne ausreichend erkennbare kommunale Befassung ist in einer Förderung durch die Kulturverwaltung deplatziert“, hieß es damals. Später hatte die Stadtratsfraktion von Grünen und Rosa Liste noch auf ihrer Webseite erklärt, dass die Friedenskonferenz als „rein politische Veranstaltung“ nicht zu den Förder- und Aufgabenschwerpunkten des Kulturreferats gehöre und für Zuwendungen aus anderen Fördertöpfen „gegenwärtig der politische Wille“ fehle. Ihr Vorwurf damals: Die Friedenskonferenz biete auch Aktivisten eine Bühne, „die sich nicht klar von Diktaturen und Autokraten sowie deren Kriegen und Menschenrechtsverletzungen distanzieren“.

Aktuell mögen sich die Grünen nicht weiter äußern, wohl auch, um parteiintern für Ruhe zu sorgen. Aus Ärger über die Haltung ihrer Münchner Parteifreundinnen und Parteifreunde ist Maria Feckl zwischenzeitlich bei den Grünen ausgetreten, für die sie im Kreistag Erding und im Gemeinderat Forstern saß.

SPD-Stadträtin Julia Schönfeld-Knor bekräftigt derweil die im Antrag vom Februar formulierte Haltung ihrer Partei: „Ich bin immer noch der Meinung, dass die Friedenskonferenz nicht aus dem Kulturbudget finanziert werden sollte.“ Eine grundsätzliche Absage verbindet sie damit freilich nicht: „Man muss sich das Ganze noch mal anschauen.“

Ende des Zitates.

Bezug Mitteilung des Kulturreferats v. 15.2. hier auf S. 16 - 17

Bezug Pressemitteilung der Stadtratsfraktion Grüne-Rosa Liste vom 14.2., hier auf S. 12 ff dokumentiert.

III. Solidarität und weitere Anträge

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
Borja München



München, 6. Februar 2024

Antrag:

Internationale Münchner Friedenskonferenz weiter fördern

Das Kulturreferat wird aufgefordert, die Förderung der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ fortzusetzen.

Begründung

Mit der vorgeschobenen Begründung der Haushaltskonsolidierung beantragen SPD/Volt und Grüne/Rosa Liste, die Förderung der Münchner Friedenskonferenz in Höhe von 6.500 € einzustellen. Dass dies nicht ernst gemeint sein kann, zeigt die symbolische Höhe der Förderung. Eine Stunde Stadtratsvollversammlung kommt teurer.

Wir befürchten, dass Grün-Rot auch hier in München die „Zeitenwende“ voranbringen will. Es soll nicht mehr über den Frieden gesprochen werden, über Abrüstung oder alternative Vorstellungen von Sicherheit – dabei wäre dies heute und in einer Stadt, deren Oberbürgermeister Mitglied der „Mayors for Peace“ ist, wichtiger denn je. Die „Sicherheits-Konferenz“ hingegen wird seit eh und je unkritisch gesehen.

Gleichzeitig zeigt dieser Antrag ein besonders perfides Vorgehen der Stadtratsmehrheit. Mit den Organisator*innen wurde nicht gesprochen. Eine (vielleicht kritische) inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen der Friedenskonferenz wird umgangen, stattdessen soll über den kalten Entzug von Fördermitteln die Friedenskonferenz liquidiert werden.

Initiative:
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Stefan Jagel
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI

Münchner
Friedenskonferenz



Solidaritätsschreiben des Ehrenkurats der Friedenskonferenz

An Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter und die Mitglieder des Stadtrates der Landeshauptstadt München

München, den 8.2.2024

Sehr geehrter Herr Reiter,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

Frau Maria Feckl, Projektleiterin der Internationalen Münchner Friedenskonferenz (IMFK), hat uns als Kuratoriumsmitglieder dieser Konferenz darüber informiert, dass 14 Stadträtinnen und Stadträte von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste einen Antrag gestellt haben, den Zuschuss zu dieser Konferenz in Höhe von 6.500 Euro künftig zu streichen.

Als Kuratoriumsmitglieder, die selbst auch bei dieser Konferenz aktiv mitgewirkt haben durch Redebeiträge in den vergangenen 22 Jahren, sind wir von diesem Antrag überrascht und irritiert.

Seit 2003 – dem Jahr des Irak-Krieges – gibt es die IMFK. Prof. Hans-Peter Dürr, Träger des alternativen Nobelpreises und Ehrenbürger der Stadt München, hatte viele Jahre die Schirmherrschaft übernommen und wurde später Kurator bis zu seinem Tode.

Das Anliegen von Prof. Hans-Peter Dürr war, eine Friedenskonferenz in München auszurichten, auf der zivile Konfliktlösungen vorgestellt und diskutiert werden.

In den vergangenen Jahren referierten in München zahlreiche Persönlichkeiten von internationalem Ansehen – stellvertretend nennen wir drei von Ihnen:

- Prof. Johan Galtung, der Begründer der modernen Friedens- und Konfliktforschung, der im gleichen Jahr wie Prof. Hans-Peter Dürr mit dem alternativen Nobelpreis für seine Vermittlungen zur Beendigung von Kriegen ausgezeichnet wurde.
- Dr. Aminata Traoré aus Mali, ehemalige Kulturministerin ihres Landes, die ihre interventionskritischen Gründe in München vortrug.
- Dr. Bernd Niehaus Quesada, ehemaliger Außenminister und Botschafter von Costa Rica in Deutschland, der sein Land ohne Militär seit dem 2. Weltkrieg vorstellte.

Während vermutlich viele andere Städte sich über das zivilgesellschaftliche Engagement von Friedensorganisationen glücklich schätzen würden, die Jahr für Jahr eine Veranstaltung von hohem inhaltlichem Format auf die Beine stellen, versuchen 14 Stadträtinnen und Stadträte die Internationale Münchner Friedenskonferenz und den Diskurs über deren Themen zu behindern.

Gerade in diesen Zeiten, die von Kriegen und Machtpolitik geprägt sind, halten wir es für besonders wichtig, durch zivile Konfliktlösungsmodelle das Gespräch von Bürgerinnen und Bürgern über Frieden und Menschlichkeit anzuregen.

Wir bitten Sie, die seit 2003 gute Zusammenarbeit zwischen dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München und den Verantwortlichen des Trägerkreises der IMFK weiter fortzusetzen – und sich für die Beibehaltung des Zuschusses in bisheriger Höhe auszusprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Hanne-Margret Birckenbach, Friedensforscherin
Dr. Angelika Clausen, IPPNW-Co-Vorsitzende und Präsidentin IPPNW Europa
Sue Dürr, Witwe von Prof. Hans-Peter Dürr, Alternativer Nobelpreisträger
Dipl.-Theol. Clemens Ronnefeldt, Friedens-Referent beim Internationalen Versöhnungsbund
Dr. h.c. Hans-Christoph von Sponeck, Beigeordneter UN Generalsekretär, a.D.

**Hans Limmer, Dipl. Politologe, Programmdirektor der Münchner Volkshochschule i. R.
An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Herrn Dieter Reiter**

München 7.2.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

das ist seit meiner Pensionierung im Jahr 1995 als Programmdirektor der Münchner Volkshochschule der erste Brief, den ich an eine offizielle Person meines ehemaligen Arbeitgebers richte. Damals war meistens der Oberbürgermeister Präsident oder Aufsichtsratsvorsitzender der MVHS, Sie sind das nicht mehr.

Dennoch ist Ihnen die Bedeutung der MVHS für das Münchner Gemeinwesen sicherlich gegenwärtig.

Zu meinem Lebenslauf möchte ich einige Angaben machen, weil Sie mich wahrscheinlich persönlich nicht kennen, diese gehören auch zum Hintergrund meines Schreibens.

Ich bin jetzt 89 Jahre alt, 1935 in München geboren. Der zweite Weltkrieg und die Luftangriffe auf München haben meine Kindheit, wahrscheinlich sogar meinen späteren Lebenslauf geprägt. Den Krieg habe ich in einem Keller in Untergiesing, nur 8 Stufen tief, überlebt; einzige Hilfe und Trost dort: Rosenkranzbeten und Baldriantropfen.

Nach zwei Jahren fast ohne jeden Schulunterricht wegen der täglichen Luftalarme ab Mai 1945 wieder Unterricht in zerstörten Klassenzimmern. Holperige Schullaufbahn, wichtiger die Beschaffung von Lebensmitteln, Brennholz aus den Isarauen und die Frage was nun kommen würde in Deutschland. Freudiges Staunen darüber, was uns die Amerikaner mitbrachten an Kultur, an Vielfalt, an Demokratie. Endlich Schluss mit Kriegsgeschrei, Sirenengeheul, Angst ums nackte Leben.

2

Sehr bald Übereinkunft aller neuen politischen Kräfte „Nie wieder Krieg!“ – Aufbruch in ein demokratisches Deutschland, das wirtschaftlich und sozial von Grund auf neu geordnet werden sollte. Diese Impulse haben auf mich gewirkt, einen nach seiner Zukunft fragenden jungen Menschen.

Einige Jahre später, 1955, begann ich mit Begabtenabitur ein Politikstudium in Berlin an der traditionsreichen Deutschen Hochschule für Politik bei den dort versammelten, aus der Emigration zurückgekehrten, jüdischen/sozialistischen/sozialdemokratischen Professoren, einer wahren Elite der deutschen Hochschullehrer.

Nach Studienschluss, 1960 bis 1965 persönlicher Referent des Bayrischen DGB Vorsitzenden, danach Anstellung an der MVHS, zuständig für politische und berufliche Bildung, später Kodirektor, dann Programmdirektor. Von diesem Platz aus beteiligt an nicht wenigen Kulturimmanenten Entwicklungen, von denen hier auch die Rede sein wird. 1995, mit 60 Jahren in Rente gegangen, um noch Zeit für künstlerische Arbeit zu haben.

Seit ich politisch denken kann, bin ich Pazifist, angefangen

mit den Ostermärschen in den fünfziger Jahren bis heute als Unterstützer der Internationalen Münchner Friedenskonferenz und den die Sicherheitskonferenz begleitenden Aktionen und Demonstrationen.

Ich bin überzeugt, dass die Prämisse unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ erst dann Wirklichkeit werden kann, wenn Kriege, das Töten von Menschen überhaupt, allgemein geächtet werden.

Gestern erfuhr ich durch ein Rundschreiben der Internationalen Münchner Friedenskonferenz von der Initiative einer Anzahl Stadtratsmitglieder, mit dem Ziel der Friedenskonferenz den bisherigen geringfügigen kommunalen Förderungsbetrag von ca. 7000 Euro zu entziehen. Das steht dann wohl in einer Linie mit der Beschimpfung des deutschen Pazifismus als „Lumpenpazifismus“ im SPIEGEL und der Rede des Bundeskanzlers, in der er Pazifisten als „gefallene Engel“ verteufelte.

Ich weiß es nicht, Herr Oberbürgermeister, aber Sie könnten es errechnen lassen wie viel Geld und geldwerte Leistungen die Stadt jährlich für die Durchführung der militaristischen Sicherheitskonferenz aufwendet, auf der oben zitierte Äußerungen sicher viel Beifall finden würden.

3

Und jetzt in unserer Stadt der Versuch, die pazifistische Minderheit, die bisher ihren Platz in der vielfältigen offenen Stadtgesellschaft hatte, aus dem öffentlichen Diskurs auszuschalten, indem man ihr die städtischen Mittel wegnimmt, mit windigen technokratischen Leerformeln als Begründung.

Es geht um mehr als nur um eine kleine Unterstützung für eine kleine Minderheit. Auf dem Spiel steht am Ende, ob weltanschauliche Vielfalt und Toleranz noch einen sicheren Platz haben in unserer Gesellschaft.

Daß München eine moderne bürgerfreundliche Großstadt, mit einer liberalen, pluralen, bürgernahen kommunalen Kulturpolitik sein soll, darf niemals wieder in Zweifel kommen. Das ist u. a. mit den Oberbürgermeistern Vogel und Ude, den Kulturreferenten Hohenemser, Kolbe und Hummel stets gefördert worden als ein wertvolles, schützenswertes Gut unserer Stadt.

Sie, Herr Oberbürgermeister, sollten es zu Ihrer persönlichen Sache machen, so eine reaktionäre Entwicklung, wie sie sich hier zeigt, abzuwehren. Sie haben in Ihrer Position, als von den BürgerInnen direkt gewählter Oberbürgermeister, große Autorität und einige Macht und Mittel dazu.

Mir fällt auf, wie Geschichtsvergessen der Umgang mit Pazifismus und Pazifisten in unserer Stadt ist.

So viele Menschen in der Münchner Räterepublik von 1918, aus der Bayern als demokratischer Staat hervorging, waren Pazifisten: Kurt Eisner, Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer, Anita Augspurg und

Fortsetzung Brief von Hans Limmer

zahlreiche andere. Sie wurden von den faschistoiden Vorläufern der Nazibewegung, den Freikorps, der Thulegesellschaft, den Heimatwehren usw. verfolgt, in Konzentrationslager geworfen, gefoltert und ermordet.

Damit wurde der Anfang gemacht für die spätere Nazi-diktatur.

In unserer Stadt erinnert man sich immer noch nur zögerlich an diesen Ursprung des demokratischen Bayern und an diese ermordeten Menschen, die unsere Vorbilder sein sollten.

Es ist doch geradezu grotesk: Jetzt wird plötzlich allenthalben aufgerufen zu Demonstrationen gegen „rechts“ und „Nazi“. Diese waren und sind aber die wütendsten Gegner des Pazifismus.

4

Ich frage mich, warum machen sich die herrschenden Parteien mit diesen Nazi gemein, indem sie den Pazifismus schmähen und damit versuchen seine öffentliche Präsenz zu unterdrücken. Wie das mit einem Kampf gegen Nazigesinnung vereinbar sein soll, kann man aufgeklärten Köpfen nicht beibringen.

Solche Politik ist unglaublich und weckt berechtigte Sorgen um die demokratische Zukunft unserer Gesellschaft.

Meine Bitte und Erwartung an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ist noch einmal, dass Sie die offene plurale Stadtgesellschaft und ihre Meinungsvielfalt gegen Angriffe verteidigen und den bürgerschaftlichen Aktivitäten von Pazifisten und anderen Minderheiten einen sicheren Raum in dieser Stadt geben.

Mit achtungsvollen Grüßen, Hans Limmer

Kopie des Schreibens an die Initiative
INTERNATIONALE FRIEDENSKONFERENZ

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Leserbrief von Helmut Groß zu „Kein Platz mehr in der Förderlandschaft“ v. 2.2.24

Als langjährige Unterstützer und Teilnehmer an der „Internationalen Friedenskonferenz“, die von Menschen aus der Münchner Friedensbewegung seit 22 Jahren mit Herzblut und großem Engagement organisiert wird sind wir schockiert und empört über den Antrag von GRÜNEN und SPD, der Konferenz zwei Wochen vor Beginn bereits zugesagte städtische Fördermittel zu entziehen.

Wir teilen die Auffassung, dass es wohl nur vordergründig um eine Sparmaßnahme geht, weil die Konferenz „ohne erkennbare kommunale Befassung“ sei, wie es in schönstem Amtsdeutsch heißt.

Der 2011 vom Münchner Stadtrat beschlossene festliche Empfang für die Gäste der SiKo dürfte mehr gekostet haben als die 5-6000 Euro Förderung für die Friedenskonferenz und da geht es offenkundig auch nicht um kommunale Themen.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass in Zeiten, in denen die deutsche Gesellschaft „kriegstüchtig“ werden soll, eine Veranstaltung nicht mehr toleriert wird, bei der es um Kritik an Kriegs- und Aufrüstungspolitik und mögliche Alternativen dazu geht.

Wir haben es immer sehr geschätzt, dass die Stadt München der Friedenskonferenz den alten Rathaussaal zur Verfügung gestellt hat und damit einen dem Geist dieser Veranstaltung entsprechenden würdigen Rahmen gegeben hat.

Dass diese, der demokratischen Meinungsbildung und Diskussionskultur dienende Konferenz, durch den Entzug der für die Organisation bedeutende, für den Münchner Stadtsäckel dagegen kaum relevante Förderung, ausgerechnet von einer rotgrünen Stadtregierung derart torpediert wird, ist eine Schande.

Helmut Groß, vom 24.2.2024

Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen

Die Linke im Bundestag

Von: Christian Pauling | Wahlkreisbüro Nicole Gohlke MdB

Gesendet: Mittwoch, 21. Februar 2024 13:02; An: office@friedenskonferenz.info

Betreff: Fraktionsspende für Friedenskonferenz

Servus Maria,

ich hoffe bei der Konferenz lief soweit alles glatt und dass sich noch neue Fördermöglichkeiten aufgetan haben. Im Anhang findest du den Antrag an den Fraktionsverein unserer Partei, über den wir am Telefon gesprochen hatten. Die Linke unterstützt eure Konferenz und den Ruf nach Diplomatie und Frieden gerade in heutigen Zeiten sehr. 1000€ sind maximal drin zur Projektförderung über den Fraktionsverein - aber nicht garantiert. Die schlussendliche Höhe setzt der Vereinsvorstand auch anhand der aktuell vorliegenden Anträge fest.

Wollte Dir das nicht direkt nach der Konferenz schicken, weil ich dachte, dass Du jetzt erstmal durchschnaufen musst.

.....

Beste Grüße und eine schöne Restwoche Dir/Euch

Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz solidarisiert sich mit der Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Auf ihrem Internetportal wirbt die Landeshauptstadt München mit ihrer Zugehörigkeit zum internationalen Städtenetzwerk „Mayors for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“). Oberbürgermeister Dieter Reiter weist in seinem Geleitwort auf die Inschrift „Dem Sieg geweiht - vom Krieg zerstört - zum Frieden mahnend“ hin, die das Fries des Münchner Siegestores schmückt. – Weiter schreibt OB Reiter: „Als Mitglied der deutschen Sektion der „Mayors for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) fühle ich mich diesem Auftrag verpflichtet!“

Mit der Begründung, den Haushalt konsolidieren zu wollen, haben SPD/Volt und DIE GRÜNEN – ROSA LISTE einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, die Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz zu streichen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz aus dem Budget des Kulturreferats der Stadt München lediglich 6.500 Euro beträgt, ist offensichtlich, dass der Verweis auf eine Haushaltskonsolidierung lediglich vorgeschoben ist.

In einer Pressemitteilung vom 14. Februar rechtfertigen DIE GRÜNEN – ROSA LISTE ihren Antrag damit, dass die Internationale Friedenskonferenz „keine Kulturveranstaltung, sondern eine rein politische Veranstaltung“ sei, die „im Haushalt des Kulturreferats nicht zu den Förder- und Aufgabenschwerpunkten“ passe. Nachdem DIE GRÜNEN – ROSA LISTE einräumt, dass es sich um eine „vergleichbar kleine Fördersumme“ mit geringer „Einsparungswirkung“ handelt, gibt sie in ihrer Pressemitteilung zu, dass es ihr in Wahrheit am „politischen Willen“ fehlt, ihren Antrag zurückzuziehen und spricht der Internationalen Münchner Friedenskonferenz die Glaubwürdigkeit als Friedensinitiative rundweg ab.

Ohne auf die Anschuldigungen der DIE GRÜNEN – ROSA LISTE gegen die Internationale Münchner Friedenskonferenz an dieser Stelle näher eingehen zu wollen, erkennen wir in ihrem Vorgehen den Versuch, eine notwendige politische Auseinandersetzung durch ein Machtwort zu beenden. DIE GRÜNEN – ROSA LISTE macht sich damit eine obrigkeitsstaatliche Vorgehensweise zu eigen, die wir als machtsüchtig und zutiefst antidemokratisch verurteilen.

DIE GRÜNEN – ROSA LISTE verweist auf andere Veranstalter in der Stadt, die sie in Hinblick auf die Themen Krieg und Frieden für vertrauenswürdiger hält und deren finanzielle Förderung durch die Stadt sie keineswegs infrage stellt. Mit dieser Ungleichbehandlung spielt DIE GRÜNEN – ROSA LISTE ein perfides Spiel, das darauf

abzielt, jenen Teil der Friedensbewegung, der nicht ihren eigenen politischen Vorstellungen entspricht, zu spalten.

Wir erkennen im Vorgehen der DIE GRÜNEN – ROSA LISTE auch den politischen Willen, die „Zeitenwende“ nun auch in der Zivilgesellschaft Münchens voranzutreiben und zu verankern. – Unbequeme Stimmen, die den militaristischen Kriegskurs der Grünen nicht hinnehmen wollen, sollen zum Schweigen gebracht werden. – Das ist ein alarmierender Vorgang!

Wir fragen Herrn Oberbürgermeister Reiter, wie ernst er die Selbstverpflichtung nehmen will, der Inschrift am Fries des Siegestores Geltung zu verschaffen und sich als wahrer „Mayor for Peace“ zu erweisen.

Das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz tritt seit über zwei Jahrzehnten für den Frieden ein. Es ist allseits bekannt, dass wir gegen eine Konferenz protestieren, die vorgibt für Sicherheit zu sorgen und die in Wahrheit mit ihren militaristischen Machenschaften für immer mehr Unsicherheit sorgt. – Der demokratische Diskurs in unserer Gesellschaft lebt davon, dass unterschiedlichste, auch kontroverse Meinungen möglich sind. Das gilt insbesondere für jene Fragen, die das Thema Krieg und Frieden betreffen.

In kriegerischen Zeiten wie denen in denen wir gerade leben, darf der Korridor zulässiger Meinungen nicht verengt werden. Wenn abweichende Meinungen abgeschnitten und kritische Stimmen durch den Entzug von Geldmitteln zum Verstummen gebracht werden sollen, wie es DIE GRÜNEN – ROSA LISTE mit ihrem Antrag vorhat, gerät der demokratische Diskurs in Gefahr.

Für uns ist die Internationale Münchner Friedenskonferenz ein Forum, in dem es tatsächlich um Sicherheit geht, nämlich um die Sicherheit der Menschen und nicht um die der Mächtigen.

Wir sehen in dem Versuch der Internationalen Münchner Friedenskonferenz die Mittel zu entziehen, einen Angriff auf die Friedensbewegung und die Zivilgesellschaft insgesamt.

Herr Oberbürgermeister Reiter, Sie als „Mayor for Peace“ sollen wissen, dass wir, die Münchner Friedensbewegung solidarisch hinter der Internationalen Münchner Friedenskonferenz stehen.

Wir fordern Sie auf, dem Ansinnen von SPD/Volt und DIE GRÜNEN – ROSA LISTE entschieden entgegenzutreten.

.....

(hier war der Hinweis auf crowdfunding)

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

V. i. S. d. P.: Heinz Michael Vilsmeier, Pressesprecher des Aktionsbündnis gegen die NATO Sicherheitskonferenz

Sonstige Solidaritätsschreiben

**Unterstützt unsere
Freund*innen von der
Internationalen
Münchner
Friedenskonferenz
(16.02. – 18.02.)!**

➔

Wenn es weitere, inoffizielle Bedenken gibt, muss hier ein offener Diskurs geführt werden und diese Themen zur Sprache kommen – nur die Finanzierung zu kappen, knapp eine Woche vor der Veranstaltung, ist unfair und ein beschämendes Zeichen für die Stadt München. Wir müssen in diesen Zeiten mehr denn je über Frieden sprechen.

Aus uns nicht nachvollziehbaren Gründen will die Stadt München ihre Finanzierung kurzfristig zurückziehen. Die Begründung der Stadtrats-Fraktionen SPD/Volt und Grüne, dass der kommunale Bezug fehle und im Haushalt gespart werden müsse, klingen für uns vorgeschoben.

Erklärung des „AK 49, VeranstalterInnen der Konferenz „War unmasked“, auf die in der Mitteilung der Grünen Fraktion vom 14.2. 2024 verwiesen wurde. Hier S. 12

Betreff: Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz

Datum: 2024-02-06 21:17 , Von: guenter.bolz@gruene

Mona Fuchs, Sebastian Weisenburger per Mail

Hallo zusammen,

bös überrascht hat mich die Nachricht, dass anscheinend u. a. wir Grünen die Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz einstellen wollen.

Ich kenne die Münchner Friedenskonferenz als überparteilichen Gegenpol zur gleichzeitig stattfindenden Sicherheitskonferenz mit langer Tradition. Sie war immer Plattform für alternative Politikkonzepte, deren Trägerkreis sicher nicht durch linksextreme Mitglieder geprägt ist. Als solches steht die Konferenz auch immer für die Vielfalt der Weltstadt und meiner alten Heimatstadt München.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die 6.500,- Euro Förderung einen so gewichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt München beitragen, als dass wir damit riskieren sollte eigene Stammwähler zu verprellen. Deshalb bitte ich Euch Eure Position zu überdenken und den Antrag zur Einstellung der Förderung für die Münchner Friedenskonferenz zurückzuziehen.

Viele Grüße Günter Bolz, Kreissprecher, Bündnis 90/DIE GRÜNEN KV Nürnberger Land

Streichung des Zuschusses für die Münchner Friedenskonferenz

Grafing, 24.02. 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

als ehemalige Münchner SPD-Stadträtin und überzeugte Friedensaktivistin kann ich es nicht fassen, dass Mitglieder der Fraktionen von Rot und Grün beantragt haben, der Internationalen Münchner Friedenskonferenz den Zuschuss von 6500 Euro ein für allemal zu streichen. Dies nicht nur äußerst kurzfristig, sondern mit fadenscheinigen Begründungen, die sicher auch Sie persönlich nicht überzeugen.

Die in Rede stehende Summe ist angesichts des Kulturhaushalts absolut lächerlich, ebenso das Argument, die Veranstaltung hätte nichts mit München zu tun. (Abgesehen davon wurde der Zuschuss offensichtlich bereits vor Beschlussfassung des Stadtrats einbehalten, ein Verfahren, das so keinen Bestand haben kann.)

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz war auch heuer wieder eine Veranstaltung auf hohem Niveau, die München alle Ehre macht. Von der Auswahl der Referierenden über die unterschiedlichen Formate bis hin zum absolut perfekten Streaming war sie ein Highlight des bisherigen Münchner Jahrs. Sie wird sowohl innerhalb der Stadtgesellschaft als auch extern als notwendiges Korrektiv zur Sicherheitskonferenz gesehen und leistet somit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Münchner demokratischen Kultur und zum Ruf Münchens als liberale Stadt.

Ich bitte Sie deshalb dringend: Stellen Sie sich schützend vor die Menschen, die diese Konferenz mit Kompetenz und Herzblut konzipiert und organisiert haben und gehen Sie auch mit denjenigen Bürger*innen Münchens wertschätzend um, die gegen den Mainstream andenken und -diskutieren.

Überzeugen Sie die Antragsteller*innen, dass sie ihren Antrag zurückziehen sollten, auch um Ihren Status als Mayor for Peace nicht zu beschädigen. Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören, wie Sie sich entschieden haben und was Sie erreichen konnten. Mit freundlichen Grüßen, Eva Maria Volland, ehem. Stadträtin, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Anfrage der ÖdP



Ökologisch-
Demokratische
Partei



München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 14.03.2024

Anfrage:

Wie kann München die bürgerschaftliche Friedensbewegung weiterhin unterstützen?

Am 1.2.24 wurde von den Fraktionen Die Grünen/ Rosa Liste und SPD/Volt ein Antrag gestellt zur Einstellung der Förderung der „INTERNATIONALEN MÜNCHNER FRIEDENSKONFERENZ“. Zur Begründung wurde genannt, dass die Förderung nicht mehr in das Portfolio des Kulturreferats passen würde. Die Friedenskonferenz findet alljährlich Mitte Februar parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz statt und wurde seit ca. 20 Jahren vom Kulturreferat gefördert. Mit der fehlenden Teilfinanzierung in Höhe von 6.500 € pro Jahr ist ihr Überleben akut gefährdet.

Im letzten „Mayors for Peace Joint Appeal – Calling for peaceful resolution of armed conflicts and the elimination of nuclear weapons“ vom 22.02.24 steht: „Jetzt ist es an der Zeit, dass sich die gesamte Zivilgesellschaft zusammenschließt, um ein Friedensbewusstsein zu fördern.“¹ Seit Mitte 2005 ist München Mitglied bei den „Mayors for Peace“, zusammen mit weltweit über 3.300 Städten. Darüber hinaus trägt Deutschland und vor allem auch München eine historische Verantwortung, sich für Frieden und Verständigung auf der Welt einzusetzen.

Wir fragen deshalb den Herrn Oberbürgermeister:

1. Aus welchen Budgets wurden die bisherigen Förderungen für die Münchner Friedenskonferenz und ggf. weiteren Friedensinitiativen gezahlt?
2. Wenn im Zuge der Richtlinienüberarbeitung des Kulturreferates Förderungen ab sofort wegfallen: Wie sehen die neuen Richtlinien aus? Welche bisherigen Förderungen sind betroffen? Wie und wann werden die Fördernehmer darüber informiert, dass sie aus der Förderung herausfallen?
3. Wurde seitens des Kulturreferates Kritik bzgl. Inhalt oder Format an die Organisatoren herangetragen?
4. Wird derzeit eruiert, inwiefern die Förderungen für Friedensinitiativen aus anderen Fördertöpfen geleistet werden können, z.B. von der Fachstelle für Demokratie?

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Nicola Hoffmann, Stadträtin
Dirk Höpner, Stadtrat

¹ <https://www.mayorsforpeace.org/en>

Antwort des Kulturreferats an die ÖdP

(hier platzsparender gesetzt)

vom 8.5.2024

Wie kann München die bürgerschaftliche Friedensbewegung weiterhin unterstützen?

Schriftliche Anfrage gem. § 68 GeschO, Anfrage Nr. 20-26 / F 00901 von der Fraktion ÖDP/München-Liste, vom 14.03.2024, eingegangen am 14.03.2024

An die Fraktion ÖDP/München-Liste, Rathaus
 Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Ruff,
 sehr geehrte Frau stellv. Fraktionsvorsitzende Haider,
 sehr geehrte Frau Stadträtin Holtmann,
 sehr geehrter Herr Stadtrat Höpner,

Ihrer Anfrage vom 14.03.2024 haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Am 1.2.24 wurde von den Fraktionen Die Grünen/ Rosa Liste und SPD/Volt ein Antrag gestellt zur Einstellung der Förderung der „INTERNATIONALEN MÜNCHNER FRIEDENSKONFERENZ“. Zur Begründung wurde genannt, dass die Förderung nicht mehr in das Portfolio des Kulturreferats passen würde. Die Friedenskonferenz findet alljährlich Mitte Februar parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz statt und wurde seit ca. 20 Jahren vom Kulturreferat gefördert. Mit der fehlenden Teilfinanzierung in Höhe von 6.500 € pro Jahr ist ihr Überleben akut gefährdet.

Im letzten „Mayors for Peace Joint Appeal - Calling for peaceful resolution of armed conflicts and the elimination of nuclear weapons“ vom 22.02.24 steht: „Jetzt ist es an der Zeit, dass sich die gesamte Zivilgesellschaft zusammenschließt, um ein Friedensbewusstsein zu fördern.“ Seit Mitte 2005 ist München Mitglied bei den „Mayors for Peace“, zusammen mit weltweit über 3.300 Städten. Darüber hinaus trägt Deutschland und vor allem auch München eine historische Verantwortung, sich für Frieden und Verständigung auf der Welt einzusetzen.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Aus welchen Budgets wurden die bisherigen Förderungen für die Münchner Friedenskonferenz und ggf. weiteren Friedensinitiativen gezahlt?

Antwort:

Die bisherigen Förderungen wurden projektbezogen aus den folgenden Budgets der Abteilung 3 (Kulturelle Bildung, Internationales, Urbane Kulturen) ausgereicht: Die Münchner Friedenskonferenz wurde aus dem Innenauftrag „Neue kulturelle Bewegungen“ gefördert. Projekte weiterer Friedensinitiativen unterstützte das Kulturreferat zum Teil aus demselben Budget sowie – sofern inhaltlich relevant - aus dem Innenauftrag „Inklusion und Spezielle Zielgruppen“.

Frage 2:

Wenn im Zuge der Richtlinienüberarbeitung des Kulturreferats Förderungen ab sofort wegfallen: Wie sehen die neuen Richtlinien aus? Welche bisherigen Förderungen sind betroffen? Wie und wann werden die Fördernehmer darüber informiert, dass sie aus der Förderung herausfallen?

Antwort:

In der Vergangenheit unterstützte das Kulturreferat vereinzelt Veranstaltungen mit mehr oder weniger politischen Anteilen, sofern sich der nach Ziffer 1 der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus Kulturförderungsmitteln der Landeshauptstadt München notwendige fachlich anerkannte Beitrag zur Pflege der Kultur und der kulturellen Bildung nach Maßgabe des dem Kulturreferat übertragenen Aufgabenspektrums erkennen ließ.

In Folge von Corona, Ukrainekrieg und gestiegener Kosten u.a. durch die Inflation und den damit verbundenen Umsatzeinbußen im kulturellen Bereich sowie konjunkturbedingter

Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt München musste das Kulturreferat spürbare Einsparungen vornehmen. Die Einsparsumme für das Kulturreferat im Jahr 2024 beträgt insgesamt 11,9 Mio Euro. Die für die Förderung der Friedenskonferenz 2024 zuständige Abteilung hat davon 150.000 € einzusparen. Dieser Betrag wird kleinteilig auf 18

Antwort des Kulturreferats an die ÖdP, Fortsetzung

Positionen verteilt. Um das umsetzen zu können, müssen die eingereichten Kunst- und Kulturprojekte priorisiert werden und dabei die Förderrichtlinien und Förderkriterien im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel enger ausgelegt werden. In diesem Zusammenhang ist außerdem darauf hinzuweisen, dass es sich bei den bisherigen Zuwendungen für friedenspolitische Veranstaltungen um projektbezogene – und nicht um institutionelle – Förderungen handelte. Auch bei der beantragten Unterstützung für die Friedenskonferenz 2024 handelt es sich um eine freiwillige Leistung, die ohne Rechtsanspruch in der Vergangenheit gewährt wurde. Die Zuwendung wurde von Anfang an als Projektförderung und nicht als institutioneller Zuschuss gewährt. Das bedeutet, eine Entscheidung, ob das Projekt gefördert wird, wird stets auf Grundlage des jeweiligen finalen Konzepts getroffen.

Die Antragstellenden werden bei ihrer Erstanfrage an das Kulturreferat darüber informiert, ob eine Förderung ihrer Vorhaben grundsätzlich in Aussicht gestellt werden kann. Eine verbindliche Zusage erfolgt schließlich nach Prüfung des jeweiligen finalen Konzepts in Form eines schriftlichen Bewilligungsbescheids. Zusätzlich können sich die Antragsteller*innen im Vorfeld auf der Website des Kulturreferats über die geltenden Zuwendungsrichtlinien und Förderkriterien informieren. In diesem Kontext sei darauf verwiesen, dass das Kulturreferat auch reine Kulturveranstaltungen ablehnen muss. Angesichts der Vielzahl an Projektanträgen, deren Antragssummen das begrenzte Jahresbudget übersteigen, muss jeweils eine Auswahl bzw. Priorisierung erfolgen.

Frage 3:

Wurde seitens des Kulturreferates Kritik bzgl. Inhalt oder Format an die Organisatoren herangetragen? Seite 3 von 3

Antwort:

Organisator*innen von friedenspolitischen Projekten sowie diskursiven Formaten wurden wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Förderung durch das Kulturreferat einen den Veranstaltungscharakter prägenden Kulturanteil voraussetzt, indem z.B. künstlerische Positionen mit einbezogen werden.

Was den Inhalt betrifft, so wird grundsätzlich dazu aufgefordert, insbesondere in Bezug auf bestimmte (politische) Themenbereiche besondere Sensibilität walten zu lassen und dafür zu sorgen, dass keine antisemitischen, antimuslimischen, rassistischen, FLINTA* (aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität von Marginalisierung betroffene Menschen) - feindlichen oder anderweitig diskriminierenden Äußerungen verbreitet werden.

Frage 4:

Wird derzeit eruiert, inwiefern die Förderungen für Friedensinitiativen aus anderen Fördertöpfen geleistet werden können, z. B. von der Fachstelle für Demokratie?

Antwort:

Friedensinitiativen, die sich mit Projektanträgen an das Kulturreferat wenden, erhalten von uns Informationen bzw. Kontakte zu bundesweiten Stiftungen und Initiativen, die politische Veranstaltungen, Informationsveranstaltungen bzw. vergleichbare Formate fördern.

Die Fachstelle für Demokratie teilte uns auf Anfrage mit, dass eine Förderung aus ihrem Budget aus den nachfolgenden Gründen nicht möglich ist: Der Fachstelle für Demokratie stehen sehr begrenzte Ressourcen zur Projektförderung zur Verfügung. Diese sind in relevanten Teilen thematisch an die Arbeit gegen Antisemitismus und Antiziganismus gebunden. Daneben verfügt die Fachstelle für Demokratie über einen Kampagnen-, Aktions- und Netzwerkfonds, der u.a. zur Bezuschussung externer Projekte dient. Auch der Kampagnen-, Aktions- und Netzwerkfonds ist jedoch thematisch stark fokussiert auf die Themenbereiche Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Demokratiefeindlichkeit. Weitere Fördermittel sind nicht vorhanden.

Mit freundlichen Grüßen, Anton Biebl, Berufsm. Stadtrat

Anmerkung Thomas Rödl zur Frage 3

Es gab keinen Hinweis, dass die Konferenz einen kulturellen Anteil zu haben hat. Es war unser Konzept, durch eine musikalische Umrahmung der Konferenz einen würdigen und alle Sinne ansprechenden Charakter zu geben.

Es gab keine individuellen und konkreten Hinweise zu „politischen Sensibilitäten“, ausser dem Hinweis auf die allgemeinen Förderrichtlinien, dass man Scientology auszuschliessen habe und keine antisemitischen Äußerungen stattzufinden haben, unter Verweis auf die Antisemitismus-Definition der IHRA. In der Anlage des Mietvertrages bez. Rathaussaal war die Definition der IHRA beigelegt, in welcher auch zu lesen ist: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“

Mail von Hans-Christoph von Sponeck,

Mitglied im Ehrenkurat der Münchner Friedenskonferenz, v. 8.2. 2024

An: Maria Feckl <maria.feckl@g

Betreff: Re: Münchner Friedenskonferenz 2024

Liebe Frau Feckl,

Besten Dank für Ihre Mail. Ich bin bestürzt, dass der Stadtrat Münchens, seine jährliche Unterstützung der MFK einstellen möchte.

Natürlich unterstütze ich das Schreiben an Bürgermeister Reiter. Ich meine aber auch, dass das Schreiben darauf hinweisen sollte, dass gerade in diesen Tagen des Krieges es besonders wichtig ist, dass die Friedenstimme der Bürger gehört werden kann.

Professor Dürr und ich haben immer wieder gemeinsam darauf hingewiesen, dass in München, dem Ort wo jährlich über Machtpolitik der Regierungen gesprochen wird, es gleichzeitig auch das Gespräch der Bürger über Frieden und Menschlichkeit geben muss. Ein solcher Hinweis fehlt mir in dem vorgeschlagenen Brief an Herr Reiter.

.....
Ich wünsche Ihnen und der MFK gutes Gelingen,
Mit herzlichen und unterstützenden Grüßen, Ihr, Hans von Sponeck
Beigeordneter UN Generalsekretär, a.D.



Hans Christoph von Sponeck, Referent 2008: „Friedensaufgaben der UNO - Beispiel Mittlerer Osten“, und Clemens Ronnefeldt, lange Jahre Moderator der Friedenskonferenz. Unten: Team und ReferentInnen der online-Konferenz 2021

**Highlights aus den Friedenskonferenzen**

Dank eines immer qualitativ guten Programms und guter, teils international bekannter RednerInnen, wurde das Projekt Friedenskonferenz über die Jahre in der aktiven Szene der Stadt bekannt und gewürdigt.

Prof. Hans-Peter Dürr, 2007

Erster Schirmherr und wichtiger Impulsgeber für die Münchner Friedenskonferenz
Bild Antje Wagner

Nachruf auf Prof. Hans-Peter-Dürr, verstorben 2014:

http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Duerr-Nachruf-2014_03_kl.pdf?t=1678716862



Klaus Kreuzeder, Saxophon
Musikalische Umrahmung im Alten Rathaus, 2006

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz 2024

Trotz Streichung der Zuschüsse konnte der Trägerkreis der Internationalen Friedenskonferenz, mit der Projektleiterin Maria Feckl, ein umfangreiches Programm vorstellen. Etwa 740 TeilnehmerInnen (addiert) waren bei den Veranstaltungen zugegen, jeweils mehr als 100 waren über YouTube live dabei, Tausende haben in den Tagen danach die Videoaufzeichnungen angesehen.

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz lebt von ihren Gästen und ihrem Publikum, dem jeweiligen politischen Kontext, ihrer Bedeutung als Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz und der aufgeladenen Stimmung in der Stadt an diesem besonderen Wochenende. Im Namen des Trägerkreises der Friedenskonferenz bedanken wir uns bei allen Menschen, die die Friedenskonferenz 2024 ermöglicht und lebendig gemacht haben. Ohne unsere großzügigen Spender*innen und Unterstützer*innen gäbe es die Friedenskonferenz nicht. Für alle, die nicht anwesend sein konnten, folgt eine Zusammenfassung der Veranstaltung, die der Magie der tatsächlichen Veranstaltung leider nicht gerecht wird. Mehr gibt es auf: www.friedenskonferenz.info

Entstehung des Programms

Das Programm der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2024 entstand im Laufe des Jahres 2023 durch Vorschläge der Trägerkreisorganisationen bezüglich potentieller Themen und Referent*innen.

Wir einigten uns recht schnell auf die Themenschwerpunkte "Wohin treibt Europa?" für das Freitagabendprogramm und "Peace in Progress: Alternativen zu Militarismus und Kapitalismus" für das Samstagabendprogramm. Weiterhin sollte es drei Workshops am Samstagvormittag geben, zu den Themen "Die Friedensbewegung und die Abgrenzung von rechts", "Überleben bedeutet Widerstand leisten – Die Folgen von Atomwaffentests" und "Die Kampagne 'No Means No'".

Thema Israel und Palästina

Am 7. Oktober 2023, als die Qassam-Brigaden der Hamas und andere Terroristen das südliche Israel überfielen und den derzeitigen Krieg in Israel und Palästina – und darüber hinaus – auslösten, stand das Programm der Friedenskonferenz also schon großteils fest.

Aufgrund der einzigartigen Bedeutung dieses Krieges für die deutsche und internationale Politik – wegen der historisch bedingten Verantwortung Deutschlands

zum Schutz jüdischen Lebens, wegen der breiten Berichterstattung in den Medien, und wegen dem beidseitigen Vorwurf und Anfangsverdacht des Völkermords – entschieden wir uns, das Thema nachträglich noch ins Programm aufzunehmen.

Robi Damelin und Bassam Aramin von der israelisch-palästinensischen Friedensorganisation Parents Circle schufen in ihrem Grußwort am Freitagabend eine Verbindung zum Thema "Wohin treibt Europa?", indem sie davor warnten, den Krieg und



Podium am Samstag 16.2. in der Freiheitshalle: v.l. Olga Karach, Michael von der Schulenburg, Clare Daly und Julian Mühl-fellner, der auch die Veranstaltung moderierte und diesen Bericht schrieb

den zugrundeliegenden Konflikt in andere Länder zu "importieren". Weiterhin mahnten sie, sich nur dann in den Konflikt einzumischen, wenn dadurch konstruktive und versöhnliche Absichten verfolgt werden.

Veteranen für Versöhnung

Rotem Levin und Osama Illiawat von der israelisch-palästinensischen Friedensorganisation Combatants for Peace betonten in ihrem bewegenden Workshop am Sonntagvormittag besonders die Notwendigkeit der Aufklärung, des Dialogs und des persönlichen Kontakts. Beide erzählten, wie der Hass und die Ignoranz gegenüber dem vermeintlichen Feind, mit denen sie in ihren Familien und Gesellschaften sozialisiert wurden, sie dazu brachten, Gewalt als Lösung zu akzeptieren und Waffen aufzunehmen. Erst die Berührung mit den Menschen und der Kultur des vermeintlichen Feindes bewegte sie dazu, der Gewalt abzuschwören und den Weg der Versöhnung einzuschlagen.

"Wohin treibt Europa"

Zu diesem Thema waren die belarussische Menschenrechtsaktivistin Olga Karach, der Publizist und Diplomat a.d. Michael von der Schulenburg und die irische Europaabgeordnete Clare Daly eingeladen.

Zur Sprache kamen der mangelnde Schutz der Menschenrechte in Europa, insbesondere des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und Asyl für Kriegsdienstverweigerer, die Abkehr von den internationalen Normen, die durch die UN-Charta etabliert wurden, sowie die fortschreitende Militarisierung der EU.

Kontrovers diskutiert wurden der UN-Atomwaffenverbotsvertrag, den Herr von der Schulenburg als im Grunde nebensächlich charakterisierte, da seiner Einschätzung nach die Atommächte sich darauf nicht einlassen werden, sowie die Beurteilung der Verantwortung für die Kriege in der Ukraine und in Israel und Palästina auf allen Seiten.

Alternativen zu Militarismus und Kapitalismus

Während am Freitagabend viel Kritik an den herrschenden Verhältnissen in Europa geübt wurde, zielte das Thema des Samstagabendprogramms darauf ab, alternative und konstruktive Konzepte vorzustellen.

Eingeladen waren dazu die Referenten Prof. Dr. Olaf Müller, Dr. Boniface Mabanza Bambu und Prof. Dr. Yanis Varoufakis. Sie sprachen über das Konzept des pragmatischen Pazifismus, den Blick des "Global Südens" auf die Handels- und Außenpolitik reicher Industrienationen sowie die Bewegung der blockfreien Staaten als Alternative zur Blockbildung und Konfrontation der Supermächte.

Von Fairtrade über alternative Konzepte der Schulbildung und Soziale Verteidigung wurden dabei verschiedene Ansätze, das menschliche Zusammenleben besser zu gestalten und Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten, angesprochen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Bericht zu den workshops 2024

Das Workshopangebot war breit gefächert; es umfasste die Themen Atomwaffentests, Kriegsdienstverweigerung, und die Abgrenzung der Friedensbewegung von rechts.

„Unser Ziel ist es, Lukaschenko die Armee zu stehlen und jeden seiner Versuche zu blockieren, die belarussische Armee zu entsenden, um Putin in der Ukraine zu helfen,“ so lassen sich Olga Karachs Bemühungen zum Schutz von belarussischen Kriegsdienstverweigerern und ihr Workshop zum selbigen Thema zusammenfassen. Um die Bedeutung und inhärenten Spannungen des Leitsatzes „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ ging es im Workshop „Die Friedensbewegung und die Abgrenzung von rechts“ von Julian Mühlfellner und Rahel Hoffmann. Im Workshop „Überleben bedeutet Widerstand leisten: Folgen und Opfer von Atomwaffentests“ berichteten Juliane Hauschulz und Stella Ziegler aus erster Hand von der zweiten Atomwaffenverbotsvertragskonferenz Ende 2023 in New York und diskutierten über die Entwicklungen zur Entschädigung der Opfer.

Presse über die Friedenskonferenz 2024:

<https://friedenskonferenz.info/presseschau/>

Hier auch die Redebeiträge von Clare Daly, Olga Karach, Yannis Varoufakis

<https://friedenskonferenz.info/>

Sowie die gesamte Rede von Maria Feckl, Auszug hier auf S. 37

Fortsetzung: Highlights der Friedenskonferenzen



Oben: 2010: Cynthia McKinney, Grüne Präsidentschaftskandidatin in USA, Hep Monatzeder, 3. Bürgermeister, und Alejandra Londono, Red Juvenil, Kolumbien.

Unten: Die Neurosenheimer in der Freiheitshalle am 16.2.2024. Sie haben das Lied „Da Schorsch“ eigens für die Konferenz komponiert.



Aminata Traore, Mali, und ehem. 3. Bürgermeister Dr. Klaus Hahnzog, Friedenskonferenz 2014



2008: Johan Galtung, Friedensforscher der ersten Stunde, verstorben 2024. Unten, 2013: Franz Alt: Energie von der Sonne oder Krieg ums Öl?



Redebeitrag von Maria Feckl beim Ostermarsch in München

Auszüge aus der Rede

Liebe Münchnerinnen, Münchner und Zuagroaste, liebe Freundinnen und Freunde,

.....
Als Organisatorin der Internationalen Münchner Friedenskonferenz werde ich nun ein paar Worte zur skandalösen Streichung der Fördergelder der Friedenskonferenz durch das Kulturreferat der Stadt München sagen.

Die Stadt spricht von Sparen, aber in Wirklichkeit wollen sie über eine lächerliche Finanzpolitik die Meinungsfreiheit leise und schleichend einschränken. Sparen passiert nicht durch das selektive Canceln von Fördermitteln einer einzelnen Veranstaltung.

Olga Karach, Feministin und Friedensaktivistin aus Belarus sowie Rednerin auf der diesjährigen Friedenskonferenz, sagte dazu im Bayerischen Rundfunk:

„Ich finde das sehr traurig, weil ich sehe, wie sich der Meinungskorridor verengt. Die Leute leben im Paradigma des Krieges, als wäre der Krieg in ihrem Land. Und dann wollen sie abweichende Meinungen nicht mehr hören.“ (Zitat Ende)

Oder befinden wir uns in Deutschland schon im Krieg?

Die Fraktion die LINKE/DIE PARTEI fordern die Förderung weiterzuführen. Sie haben in ihrem Gegenantrag die wirklichen Gründe der Streichung der Gelder genau auf den Punkt gebracht:

„Es soll nicht mehr über den Frieden gesprochen werden, über Abrüstung oder alternative Vorstellungen von Sicherheit.“ Es begann alles mit einem Stadtratsantrag von Grün-Rot.

Die Grün-rote Stadtratsfraktion hat vorher mit einem Antrag den sofortigen Stopp der Fördergelder gefordert. Allein mit dem Stellen des Antrags sollte dem Kulturreferenten Herrn Biebl gezeigt werden, wie er zu entscheiden habe! – nämlich die finanzielle Förderung der Friedenskonferenz nach 19 Jahren Förderpraxis sofort und zukünftig zu stoppen – und dies eine Woche vor der Veranstaltung.

Ein Teil der Grünen und Roten im Stadtrat (es war jedoch die Initiative der Grünen, an erster Stelle Stadträtin Mona Fuchs), also dieser Teil war wohl der Meinung, sie könnten städtische Förderung nicht nach allgemeinen Grundsätzen, sondern nach ihren partei-politischen Vorlieben vergeben.

Damit hat der grün-rote Antrag sachwidrig in einen laufenden Verwaltungsvorgang eingegriffen. Die Vergabe einer Förderung in Höhe von nur 6.500 € ist ein laufender Verwaltungsvorgang. Damit liegt er allein in der Kompetenz und Hoheit des Kulturreferats – wie z.B. ein Bauantrag im Baureferat.

Die Förderrichtlinien, nicht die Verwaltungsvorgänge werden im Stadtrat diskutiert und beschlossen. Mit dem grün-roten Antrag sollte eine Diskussion umgangen und Fakten geschaffen werden.

Wir fordern daher:

Die Referate der Münchner Stadtverwaltung müssen unabhängig von parteipolitischer Einflussnahme bleiben.

Es gibt nun eine positive und eine negative Seite:

Die negative Seite: diese Woche kam der offizielle Bescheid zur Ablehnung der Förderung der Friedenskonferenz. Wahrscheinlich werden wir dagegen klagen.

Die positive Seite und unser erster Erfolg sind:

Kulturreferent Anton Biebl ist zu der Einsicht gekommen, dass er unabhängig ist. Der grün-rote Stadtratsantrag hat keine bindende Wirkung für das Kulturreferat.

Wir werden weiter um unzensierte Räume für Diskussionen kämpfen. Ich lade Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer bereits hier und heute zur 23. Internationalen Münchner Friedenskonferenz im Februar 2025 ein.

Die Entscheidung der Landeshauptstadt München, der Friedenskonferenz die Fördergelder zu streichen, ist nicht nur ein Schlag gegen die Friedensbewegung, sondern auch ein Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Freie Meinungsäußerung und unzensierte politische Debatten gehören zu unserer Kultur in einem freiheitlich demokratischen Staat. Es muss doch möglich sein, offene und kontroverse Diskussionen über Friedensperspektiven zu führen? Auch über pazifistische und regierungskritische Friedensperspektiven. Bei voreiliger und ausufernder moralischer Zensur überlassen wir den Debattenraum dem Rechtsextremismus.



2005: Prof. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker, Mitbegründer der IPPNW. Thema: „Feindbild Islamismus“



2009: Jakob von Üexküll
Gründer und Vorsitzender des „Right Livelihood Award“
Thema: „Globale Bedrohungen für den Frieden - zivile Antworten“



Barbara Pöschl-Edrich am 17.2.2024 in der Hochschule für Philosophie

Das Referat teilt mit (3): Antrag erledigt!

Antrag Status erledigt 26.7.2024; entdeckt am 29.7.

Quelle: <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/8581540>

FÖRDERUNG DER „INTERNATIONALEN MÜNCHNER FRIEDENSKONFERENZ“ EINSTELLEN

Antrag Nr. 20-26 / A 04596 von der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 01.02.2024.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie fordern das Kulturreferat auf, seine Förderlandschaft im Lichte der erforderlichen Konsolidierungen kritisch zu hinterfragen. In diesem Sinne und zur Stärkung seiner Kernaufgaben soll die Förderung der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ ab sofort und künftig nicht mehr erfolgen.

Da die jährliche Konferenz bislang projektbezogen mit einem Betrag bis zu 6.500 Euro bezuschusst wurde, betrifft der Inhalt Ihres Anliegens somit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 01.02.2024 teile ich Ihnen Folgendes mit: In der Vergangenheit unterstützte das Kulturreferat vereinzelt Veranstaltungen mit mehr oder weniger politischen Anteilen, sofern sich der nach Ziffer 1 der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen aus Kulturförderungsmitteln der Landeshauptstadt München notwendige fachlich anerkannte Beitrag zur Pflege der Kultur und der kulturellen Bildung nach Maßgabe des dem Kulturreferat übertragenen Aufgabenspektrums erkennen ließ.

Infolge von Corona, Ukrainekrieg und gestiegener Kosten u.a. durch die Inflation und den damit verbundenen Umsatzeinbußen im kulturellen Bereich sowie konjunkturbedingter Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt musste das Kulturreferat spürbare Einsparungen vornehmen.

Die Einsparsumme für das Kulturreferat im Jahr 2024 beträgt insgesamt 11,9 Mio Euro. Die für die Förderung der Friedenskonferenz 2024 zuständige Abteilung hat davon 150.000 Euro einzusparen. Dieser Betrag wird kleinteilig auf 18 Positionen verteilt. Um das umsetzen zu können, müssen die eingereichten Kunst- und Kulturprojekte priorisiert werden und dabei die Förderrichtlinien und Förderkriterien im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel enger ausgelegt werden.

Das Programm der Internationalen Münchner Friedenskonferenz konzentriert sich in erster Linie auf diskursive Beiträge. Es gibt zwar begleitende musikalische bzw. kulturelle Darbietungen, jedoch keinen den Veranstaltungscharakter prägenden Kulturanteil. Bei einer aufgabenkritischen Hinterfragung hat deshalb eine Unterstützung aus dem Kulturretat keinen hinreichenden Anknüpfungspunkt mehr.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Mit freundlichen Grüßen Anton Biebl, Berufsm. Stadtrat

Ein vorläufiges Nachwort

Zwischenbilanz

Das folgende Nachwort kann nur eine Zwischenbilanz sein, denn weitere Gespräche werden folgen und weitere Informationen ermöglichen evtl. eine präzisere Bewertung der Vorgänge.

Am 29.7. stieß ich auf die „Erledigt-Erklärung“ des Kulturreferenten vom 26.7. (hier nebenstehend auf S. 38)

Unnötig zu erwähnen, dass uns, als Betroffene, niemand was davon erzählt hat. Weder das Kulturreferat noch die Fraktionen.

Durch die Nichtbefassung und formale Erledigung des Antrags, der die ganze Affäre ins Rollen gebracht hat, ergibt sich jetzt eine schöne Abrundung der Geschichte und eine vorläufige Bewertung:

Ein Antrag an den Stadtrat, der laut Geschäftsordnung gar nicht befaßt werden darf, kann auch keinerlei Wirkung entfalten. Den § 60 der GO hätte der Kulturreferent ja auch schon am 2.2. 2024 oder zeitnah nachlesen können.

Auch von den ehrenamtlichen StadträtInnen kann man erwarten, dass sie sich mal die GO des Stadtrats anschauen.

Der Kulturreferent hätte sich nicht auf den Antrag der Fraktionen berufen können, sondern eigenständig über unseren Förderantrag entscheiden können.

Die immer wieder genannten Gründe die er anführt - Notwendigkeit für Sparmaßnahmen, kein kommunaler Bezug, keine Kultur-Elemente - das hätte er wohl schon im September 2023 wissen können; und hätte uns das fairerweise mitteilen müssen. (nach unserem Förderantrag vom September 2023)

Die hier dokumentierten Abläufe zeigen, dass er das geschick-

te Spielchen einiger StadträtInnen mitgespielt hat, die aus politischen Gründen keine Friedenskonferenz in der Stadt haben wollen.

Die mit dem geschickten Timing des Antrags uns viele Probleme bereitet haben, wie in dieser Dokumentation belegt.

Leider haben die AntragstellerInnen nie das Gespräch mit dem Trägerkreis der Friedenskonferenz gesucht.

Festzuhalten bleibt, dass die SPD - StadträtInnen sich zur Pressemeldung der Grünen Fraktion v. 14.2. nie geäußert haben, d.h. aber auch, sie sich nicht zu eigen gemacht haben.

Auch der Oberbürgermeister hat sich nie inhaltlich geäußert und sich erfolgreich hinter seinem Kulturreferenten versteckt.

Der Kulturreferent seinerseits hat nie politisch-inhaltlich im Sinne der Pressemitteilung der Grünen Fraktion argumentiert.

Stand der Verfahren

Unsere Klage gegen die Fraktion die Grünen-Rosa Liste, auf Zurücknahme der Pressemeldung vom 14.2. 2024 ist eingereicht. Es erfolgte bisher keine Reaktion seitens der Grünen Fraktion.

Parallel läuft die Klage gegen den formellen Ablehnungsbescheid des Kulturreferats vom 20.3.2024. Die Argumentation des Kulturreferats entspricht dem Brief vom 15.2. (auf S. 16) und der Antwort auf die Anfrage der ÖdP. Aus Platzgründen haben wir unsere Klageschriften hier nicht dokumentiert.

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern....

Eine Welle der Solidarität hat die Münchner Friedenskonferenz 2024 begleitet. Mit vielen kleinen und großen Spenden konnte der Ausfall der Förderungen der Stadt München, des Katholischen Fonds

und von Greenpeace kompensiert werden. Es bleibt ein Polster für die Abdeckung der Rechtskosten und für die Friedenskonferenz 2025.

... allen MitarbeiterInnen....

Als Sprecher der DFG-VK Bayern bedanke ich mich beim Trägerkreis-Team der Münchner Friedenskonferenz, und insbesondere bei Maria Feckl, die unendlich viel Energie und Zeit für die Organisation der Konferenz, sowie für Stellungnahmen, Anschreiben, Verhandlungen mit dem Kulturreferat, Erstellung von Newslettern und Pressemeldungen, Beratungen mit dem Rechtsanwalt und natürlich für die vielen internen Diskussionen verwendet hat. Mein Dank gilt auch Julian, Projektmitarbeiter des HVM-Bildungswerkes, der die vielfältigen organisatorischen Feinarbeiten erledigt und die Abendveranstaltung am 16.2. in der Freiheitshalle souverän moderiert hat.

... wir danken allen, die uns Ihre Solidarität bekundet haben

.... und sich per Brief und E-Mail an die verschiedenen Akteure gewandt haben.

Die Verweigerung der Zuschüsse für die Münchner Friedenskonferenz wirft ein Schlaglicht auf die Entwicklung der Meinungsfreiheit in Zeiten des Krieges.

Neben vielen anderen Aspekten zeigt sich wieder die Notwendigkeit einer Friedensorganisation, die von Staat und Parteien wirklich unabhängig ist.

Wir werden weiterhin, als Teil der Zivilgesellschaft, öffentliche Mittel für die Förderung der Münchner Friedenskonferenz beantragen.

Thomas Rödl,
Sprecher DFG-VK Bayern

Nachbemerkung: Während der Zusammenstellung der Dokumente haben sich einige Kommentare ergeben, die nicht mit dem Sprecherkreis der DFG-VK Bayern und auch nicht mit dem Trägerkreis Friedenskonferenz abgestimmt wurden.
(letzte Bearbeitung 31.7.2024)



Termine Veranstaltungen

2.8. 2024 Auftakt der Friedensfahrradtour in Meeder bei Coburg

So. 4.08 Friedenscafe Erlangen, 15:00 - 16:30, E-Werk (bei hoffentlich schönem Wetter im Garten), Fuchsenwiese 1

Mo. 5.08 Friedenscafe Nürnberg-Fürth, 14:00 - 16:00, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Großer Saal, Adam-Klein-Str. 6

Fr. 09.08 Friedenscafe Regensburg, 14:30 - 16:00, Ev. Kirchengemeinde St. Markus, Killermannstr. 58

Sa. 10.8. Friedensfest in Regensburg, Poster nebenstehend

Di. 6.8. Hiroshima Gedenkveranstaltung, München am Stachus, 19:00 Uhr

<https://www.muenchner-friedensbuendnis.de/Hiroshimatag-2024-Stachus-Muc>

Viele weitere Veranstaltungen zum Hiroshima-Tag siehe Netzwerk Friedenskooperative

Sa. 31.08.2024, 14:00 – 15:00 Uhr, Königsplatz, Augsburg Antikriegskundgebung

So. 1. September 14:00 Uhr München Kundgebung (Infos ver.di und Münchner Friedensbündnis)

So. 1.9., 11:00 Uhr Ingolstadt Matinee, Poster nebenstehend.

weitere Infos www.dfg-vk-bayern.de

Friedenspolitische Tagung der DFG-VK Bayern in Zusammenarbeit mit dem HMV-Bildungswerk

Was bringt die Zukunft?

Samstag, 2. November 2024, 13 – 19 Uhr Nachbarschaftshaus Gostenhof, Nürnberg

Vortrag 1: Klima und Krieg

Prof. Dr. Jürgen Scheffran (angefragt)

Vortrag 2: Jugend in der Krise,

mit Ingo Leven (angefragt)

Arbeitsgruppe: Bundeswehr an der Hochschule

Anmeldung erbeten!



PAX AN

wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern,

V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Frauenlobstr. 24 Rgb, 80337 München. Tel: 089 - 89 62 34 46, Bürozeiten i.d.Regel

Mo. u. Mi, 12:00 - 18:00, Di. u. Fr. 9:00-17:00 Uhr. E-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden

für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk für Friedensarbeit und Völkerverständigung! Publikationen, Veranstaltungen und Konzepte fürs Internet. (abzugsfähig) auf das Konto, IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 BIC: GENODEM1GLS

